Nr. 598 Abend-Ausgabe
B 296

Berlin

Freitag, 18. Dezember 1925
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

10 Pfennig

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Schule der Tränen

Von
Hofrat Dr. Carl Brockhausen,
Professor an der Universität Wien.

Aus Südtirol meldet man Schulszenen, die ihresgleichen schwerlich haben, solange die Welt steht. Es sind wahrhafte Bilder aus dem Herzen Europas im 20. Jahrhundert.

★

In einer Volksschule von 6- bis 8jährigen Kindern sitzen Lehrerin und Schüler weinend beieinander. Die Lehrerin verbirgt ihr tränenüberströmtes Gesicht in den Händen, und die Kleinen schluchzen und heulen, daß es einen Stein erweichen könnte. Und dieser jammervolle Auftritt wiederholt sich durch Tage und Wochen. Was ist die Ursache? Deutsche Bauernkinder kommen aus ihren Berghütten in die Dorfschule, in welche die fascistische Regierung eine Italienerin aus dem Süden als Lehrerin geschickt hat, die so wenig ein Wort Deutsch versteht, als die Kinder dieses rein deutschen Landes ein Wort Italienisch verstehen. Auf diese Weise sollen die Kinder ihrer Muttersprache entwöhnt werden. Natürlich ist da von einem Unterrichte keine Rede. Aber die Lehrerin sucht sich zu helfen. Anstatt ihre Schüler zu unterrichten, singt sie ihnen italienische Lieder vor, und die unverstandenen Worte werden im Chor mitgesungen. Wirklich geht das eine Zeitlang; die braven, gutmütig veranlagten Bauernkinder gehorchen. Es wird zwar nicht gelernt, aber doch die Schulstunde ausgefüllt.

★

Dann aber tritt die Reaktion ein: die kindliche Seele empört sich gegen die fortgesetzte Vergewaltigung. Aus dem Gesang wird ein Geschrei, die Lehrerin kann keine Disziplin mehr halten, ihre Befehle werden, weil kein Kind sie versteht, nicht ausgeführt, ihre Drohungen verlacht; Strafen sind wirkungslos. Das ist die zweite Entwicklungsphase dieses Unterrichtes; die dritte wurde bereits geschildert. Denn nach ein paar Wochen dieses müßen Betriebes ergreift alle Teilnehmer der sich wiederholenden Auftritte eine grüßliche Verzweiflung. Das Weinen der Kinder wirkt herzzerreißend; aber auch die Lehrerin kann sich der Tragik ihrer Lage nicht entziehen. Sie hatte ja gewiß guten Willen, als die Regierung sie just aus Südtirolen an die deutsche Schule versetzte, und nun erkennt sie, daß sie Unmögliches auf sich genommen hat. Sie war bereit, fremde Kinder zu entnationalisieren, sie hat sich in den Dienst der Fascisten gestellt; aber jetzt sieht sie, was ihr zugemutet wird: hermlose Kinderseelen, die sie belehren und erziehen wollte, hilft sie ermorden. Lernfähige Kinder werden Analphabeten, sie soll mitwirken bei einem Vorbarisierungsprozeß. Und nun weint sie im Bewußtsein ihres pädagogischen Frevels genau so wie die unschuldigen Kindlein, die ihr anvertraut wurden. Sie möchte vielleicht deren Sprache erlernen und notdürftig in der Sprache der Kinder den Unterricht beginnen — aber das wäre im Sinne der italienischen Regierung eine schwere Disziplinarwidrigkeit, die mit Entlassung bestraft wird. Hat man doch aus diesem Grunde die deutschen Lehrer Südtirols entlassen und erbarmungslos ins Elend geschickt.

★

Ich wage es nicht, den Ort dieser Szene und den Namen der weinenden Lehrerin zu nennen. Aber die Szene ist nicht vereinzelt; ähnliches ereignet sich in hundert Schulen. Gibt es noch ein europäisches Gewissen, wenn die Fortdauer solcher Szenen schweigend geduldet wird?

Paris und die deutsche Krise

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

br **Paris,** 18. Dezember

Die innerpolitische Entwicklung in Deutschland wird hier mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Das Scheitern der Verhandlungen zur Bildung der Regierung der Großen Koalition wird allgemein den Sozialisten zugeschrieben. Die Sozialisten hätten einen schweren taktischen Fehler begangen, den sie späterhin noch bereuen müßten. Die Sozialisten hätten erneut eine günstige Gelegenheit gehabt, eine Rolle zu spielen; sie hätten es vorgezogen, vor der Verantwortung zu fliehen, müßten sich aber nun damit abfinden, für lange Zeit von der politischen Bühne zu verschwinden. Selbst das durchaus linksgerichtete „Oeuvre" schreibt: Die sozialistischen Doktrinen sind wieder einmal gerettet, aber viele fruchtbare Möglichkeiten sind zerstört.

Ras Tafari kommt nach Berlin

Wie uns aus Abis-Abeba berichtet wird, will der Regent von Abessinien Ende Februar eine zweite Reise nach Europa unternehmen; Ras Tafari beabsichtigt diesmal auch in Berlin längeren Aufenthalt zu nehmen. In seinem Gefolge reist als Dolmetscher Degiasmatsch Haile Mariam-Kebede, der auch die erste abessinische Mission unter Degiasmatsch Waschascha in derselben Eigenschaft nach Europa begleitet hat.

Mukden japanisch besetzt

Amerikanisches Mißtrauen

Kabeldienst der „Vossischen Zeitung"

wsch **New York,** 18. Dezember

Japanische Truppen haben angeblich auf Aufforderung der Konsuln Mukden besetzt. Sie haben die beiden sich bekämpfenden chinesischen Parteien dahin verständigt, daß die neutrale Eisenbahnzone unbedingt geachtet werden müsse. Chinesischen Truppen würden sie nur entweder als unumstrittenen Siegern oder als waffenlosen Flüchtlingen Eintritt in die neutrale Zone gestatten.

Das Staats-Departement in Washington dementierte auf Anfrage die Nachricht, daß sich der amerikanische Konsul an einem Konsulargesuch um Entsendung japanischer Truppen beteiligt habe. Das Staats-Departement sei offiziell dahin informiert, daß das Land und der Besitz der amerikanischen Bürger in China unbedroht seien. Das Dementi Washingtons verrät deutlich, daß die Vereinigten Staaten die japanischen Bewegungen in Asien mit Unbehagen verfolgen, weil sie Weiterungen befürchten.

Auch die japanische Regierung und die japanische Presse sehen ein, daß in China mit größter Vorsicht operiert werden müsse, wenn Zwischenfälle vermieden werden sollen. Die Tokioer Zeitungen erklären, daß ein falscher Schritt jetzt die gesamte Fernost-Politik Japans und das Vertrauen der Welt zu Japan zerstören könne. Die kritische Situation in China ist also beiderseits klar erkannt.

Schützengrabenkrieg

Sonderkabeldienst der „Vossischen Zeitung"

E. v. S. **Peking,** 18. Dezember

Das sofortige Ueberrennen des Gegners ist beiden Parteien im mandschurischen Bürgerkrieg mißlungen. In modernen Schützengräben haben sich die Truppen systematisch verschanzt. In Tientsin ist eine Lage geschaffen, die angesichts des Mangels an Kriegsmaterial, Verpflegung, Nachschub und Lagerwesen ganz neuartig für die mittelalterliche Kriegsführung ist.

Feng Yuh Siangs Versuch der Truppenausladung in Tongku mit der Absicht, die letzte offene Eisenbahn zu unterbrechen, führte zu einem leichten Zusammenstoß mit der französischen Wache. Den beiden Seiten wurde protestiert, die vertragliche Lage ist unklar.

Die Studenten beginnen mit einer christenfeindlichen Propaganda. Gegen Weihnachten ist eine große Demonstration angesagt.

Zuverlässig erfahre ich, daß Feng Yuh Siang erkrankt ist und die Einheitlichkeit der Führung versagt.

Rußland umwirbt Japan

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ba **Moskau,** 18. Dezember

„Iswestija" bringen einen sehr bezeichnenden Leitartikel unter der Ueberschrift „Sowjetunion — China — Japan". Die chinesischen Ereignisse analysierend, kommen die „Iswestija" zu dem Schluß, daß der Untergang Tschang-Tso-Lins und der chinesischen Reaktion besiegelt ist. Auf die Hoffnung Tschang-Tso-Lins, daß Japan ihm zu Hilfe kommen wird, eingehend, erwähnt das Blatt den Feldzug englischer Blätter, die Japan vor aggressiven Plänen der Sowjetunion im Fernen Osten warnen. Die Sowjetregierung habe wiederholt erklärt, daß sie keine aggressiven Pläne im Fernen Osten habe.

Weiter stellt das Blatt fest, daß Japan mit China durch große gemeinsame wirtschaftliche Interessen verbunden ist. Wenn Japan mit den alten Methoden des Kampfes und der Gewalt seine Position in China wieder herstellen wolle, so müsse es einen langwierigen Kampf führen, der seine ganzen militärischen Kräfte anstrengen und zweifellos zu ihrer Schwächung führen müsse. Außerdem werde Japan sich dadurch den Haß Chinas zuziehen, und sogar wenn Japan das Ziel erreiche, so würden seine Konkurrenten, England und Amerika, Vorteile daraus ziehen. Japan hole also nur für andere die Kastanien aus dem Feuer. Daher empfehle das Blatt Japan, die bestehenden Zustände und den Sieg der nationalen Bewegung in China anzuerkennen und sich von dem Abenteuer Tschang-Tso-Lin abzuwenden. Ein freies, unabhängiges China werde die Interessen Japans in der Mandschurei nicht verletzen.

Das Bestehen der Sowjet-Union, welche die ungleichen Verträge abgeschafft habe, zeige am besten, daß eine solche Politik den wirtschaftlichen Interessen des betreffenden Staates in keiner Weise schädlich ist. Die gemeinsame Verwaltung der ostchinesischen Eisenbahn habe beste Erfolge gezeitigt und den Schutz der Interessen Chinas wie auch der Sowjet-Union ermöglicht. Daher warnt das Blatt Japan vor Provokationen der englischen Presse.

Dieser Artikel ist sehr bezeichnend für die Stimmung in Moskau. Man versucht, Japan von der Unterstützung Tschang-Tso-Lins zurückzuhalten und gleichzeitig eine Annäherung Japans an ein neues China und die Sowjet-Union zu betreiben, die im Fernen Osten als Basis der Machtverhältnisse gedacht ist.

Schlachten-Entscheidungen

Von
Erich v. Salzmann
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung"

★ **Peking,** Ende November

Im Ringen der Völker gibt es eine psychologische Entscheidungsstunde. Es ist genau wie in einer großen Schlacht, wo alle Kampfmittel, menschliche und mechanische, voll eingesetzt sind. Der einzelne weiß nicht, vielleicht nicht einmal der Divisionsführer, ob die Entscheidungsstunde schon heran ist und wie die Entscheidung ausgefallen ist, während der große Führer weitab von der Front bereits klar empfindet, ich habe gewonnen oder verloren.

Am 12. November hörten die einzig Neutralen, die Deutschen, daß die psychologische Siegesstunde für China schlug, während die meisten Divisionskommandeure der Gegenseite Chinas, die Mehrzahl der 13 fremden Delegierten, dies noch nicht erkannten oder zum mindesten noch nicht zugeben wollten. China ging mit allen Kampfmitteln vor. Es setzte mit vollem radikalen Propagandadruck die letzten Reserven ein. Am Dienstag, dem 17. November, mußte der Angegriffene kapitulieren. China bekam von den beiden Hauptkommissionen, die sich ergänzen, die Zollautonomie für den 1. Januar 1929 zugesichert. Darum kämpft es, wie es selbst sagt, seit 80 Jahren, wie wir zugeben können, seit Versailles. Historische Rückkonstruktionen haben hier keinen Platz. Die Reden von chinesischen Auslandsgesandten, wie diejenige des Dr. Wei in Berlin am 31. Oktober vor dem Forum grauköpfiger Chinainteressenten, die von dem „innigen Band der Freundschaft zu den Fremden" sprechen, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß leider noch nicht „liberale in China Gerechtigkeit herrscht". Wir werden nun mit freundschaftlicher Zurückhaltung sehen, ob China seiner eigenen, freiwillig gegebenen Versprechung, den lediglich Likin (Inlandszoll) bis zum 1. Januar 1929 aufzuheben, so voll nachkommt, wie es auf der Konferenz durch seine Hauptdelegierten hat erklären lassen. China hat mit Abstauch der Kommissionsbeschlüsse vom 17. November, die allerdings der Ratifikation der Kabinette und der Parlamente bedürfen, in verhältnismäßig kurzem Zeitraum praktisch das erreicht, wofür Deutschland mit heißem Bemühen noch dem Kriege bis zum Locarnotage gekämpft hat, die Verhandlungsgleichberechtigung. Hier herrscht zur Zeit der Geist von Locarno. Möge er bleiben. Das wird nicht leicht sein, denn die Uebergangsperiode der nächsten drei Jahre wird von jenen Zerbröckelungsmethoden ausgefüllt sein, die wir aus dem Sturmlaufen einer Parteien gegen Unterzeichnung des Locarno-Abkommens durch Stresemann erlebt haben. Der einzelne Kaufmann hier, gleichgültig welcher Nation und Rasse, Deutscher und Amerikaner, Japaner und Engländer, kann nicht von der Zukunftsmusik der Idealzustände, von denen Dr. Wei am Schluß seiner Berliner Rede gesprochen hat, leben.

Die Kabinette der Großmächte treiben eine bewußte Welt-China-Politik. Sie setzen das Chinaproblem im Rahmen der Weltentscheidungen als einen Faktor ein. Wir aber, die in China selbst leben, die in Hamburg und Berlin, in Köln und London, in Tokio und New York mit den chinesischen Verbindungen unmittelbar zu tun haben, können nicht im Vakuum warten bis der Idealzustand eintritt. Wir leben im Alltag und sehen mit einer gewissen Sorge auf die dreijährige Zwischenperiode, weniger besorgt für das, was uns Tag für Tag zufließen wird, als darüber, ob die chinesische Regierung und ihre ausführenden Organe wirklich imstande sein werden, ihre klar umrissenen Versprechungen in die Tat umzusetzen. Wir wünschen ehrlich, daß es China gelingt, denn dann wird der „allgemeine Friede gestärkt und mit ihm die Freundschaft der Völker untereinander."

Wenn man in Berlin oder New York weit ab vom Schuß sitzt, so läßt es sich leicht mit der sogenannten großen geistigen Bewegung Chinas auf dem Papier operieren, so kann man mit großen Schlagworten von dem „Kampf um die Freiheit" und allgemeinen Redensarten vom guten Willen eine Stimmung schaffen, die Sympathien auslöst. Jeder von

uns, der hier lange lebt, hat volle Sympathie für die Chinesen und ihre Entwicklung. Jeder von uns wünscht sie von Herzen, denn wir alle, Chinesen ebenso wie Ausländer, werden Nutzen daraus ziehen. Jeder von uns wünscht Harmonie und innige Freundschaft. Aber leider muß es gesagt werden, daß die tausend Tage, die vor uns liegen, nicht unter dem vollen Gewicht dieser schönen verröhnenden Begriffe stehen werden. Hier sehen heute mehr wie dreihundertzwanzig fremde Kanonen mit großer Sorge auf das, was nun kommen wird, aus dem sehr einfachen Grunde, weil bisher die chinesische Regierung und ihre Organe seit der Revolution von 1911 und verstärkt seit dem Tode Yuan-Schih-Kais 1916 noch nicht ein einziges Mal die Macht gehabt haben, ihren theoretischen Versicherungen die praktische Auswirkung folgen zu lassen. Weil dem so ist, deshalb herrscht ja eben gerade eine gewisse Mißstimmung der Fremden hier gegen China, die von den Chinesen mit der gleichen Mißstimmung beantwortet wird. Das ist es, was die noch exterritorialen Fremden mit Fremdenfeindlichkeit bezeichnen. Es fällt mir nicht leicht, das hier niederzuschreiben. Aber ich würde, wenn ich meine Pflicht verletzen, wenn ich es nicht täte. Ich könnte leicht von hier aus alles schön, rosig und harmonisch malen. Aber die Deutschen, die hier leben und Handel treiben, würden mir dafür wenig Dank wissen.

Heute morgen sprach ich den ersten Juristen Chinas, Dr. Wang-Chung-Hui, Mitglied des Internationalen Gerichtshofes im Haag, Mitglied der chinesischen Delegation zur Zollkonferenz, chinesischer Kommissionspräsident für die am 18. Dezember des Jahres beginnende Untersuchungsperiode über das Fallenlassen der Exterritorialität der auf der Zollkonferenz vertretenen 13 Völker der Erde. Dr. Wang-Chung-Hui ist soeben nach jahrelanger Abwesenheit aus Europa hierher zurückgekehrt. Aus unserer kurzen, von seiner Seite mit der größten Reserve geführten Unterhaltung, ist folgendes von Interesse:

Ich fragte ihn: „Können Sie mir etwas über Ihre Erfahrungen aus Europa über die Stimmung in der Exterritorialitätsfrage sagen?"

Antwort: „Die europäischen Mächte sind grundsätzlich geneigt, die Exterritorialität in China aufzugeben."

„Wann? Zu welchem Zeitpunkt?"

„Das kann ich nicht sagen. Wir wünschen es so bald wie möglich."

„Ist die Frage erwogen worden, daß Deutschland seit dem Waivertrag von 1921 der Kronzeuge in der juristischen Behandlung Fremder auf chinesischem Boden ist?"

„Nein." (Damit war ich ziemlich sprachlos.)

„Ist Ihnen bekannt, daß wir einige schwierige Gerichtsfälle in den Provinzen Hupeh und Hunan haben?"

Dr. Wang zögerte, dann sagte er: „Haben sich die Deutschen an den höchsten Gerichtshof gewendet?"

Ich antwortete: „Nein."

„Warum nicht?"

„Weil sich die Deutschen auf Grund der allgemeinen Mentalität der chinesischen Kaufmannschaft und um ihre Verbindungen und das zukünftige Geschäft nicht zu gefährden scheuen, die chinesischen Gerichtshöfe anzurufen, weil sie lieber ihre Streitigkeiten in den mit ihren Handelskammern verbundenen Schiedsgerichtshöfen verhandeln."

„Werden die Chinesen auch vor diese Schiedsgerichtshöfe gezogen?" fragte Dr. Wang, worauf ich antwortete: „Dies ereignet sich nun, wenn sie freiwillig Zeugenschaft ablegen wollen."

Ich fragte weiter: „Werden die fremden Kommissionen ins Inland gehen?"

„Nein, nicht außerhalb der durch Eisenbahnen und Dampferlinien erreichbaren Plätze, die Zeit ist zu kurz. Z. B. nach den Provinzen Szetschuan und Yünnan kann man nicht gehen."

„Genügt der jetzige juristische Apparat Chinas zur Behandlung von Streitfällen mit den Fremden? Der amerikanische Gesandte Mac Murray hat mir vor einigen Tagen gesagt, daß einer der besten chinesischen Kenner der Verhältnisse voll zugegeben hat, daß der juristische Apparat zur Behandlung Fremder noch so gut wie vollkommen fehlt."

Antwort: „Wir haben für alle Streitfälle mit den Fremden genügend vorgebildete juristische Beamte im Lande."

Diese Unterhaltung, die noch weiter in die Einzelheiten ging, ist meines Erachtens wichtig. Sie zeigt, daß, um mit dem Gesandten Dr. Wei in Berlin zu reden, „die Neuerung einer seit Jahrtausenden bestehenden Staatsform bis zum Eintritt ruhiger und stabiler Verhältnisse noch einer gewissen Zeit bedarf."

Recht ist auch in China Recht. Der Chinese hat ein instinktiv sehr fein entwickeltes Rechtsempfinden. Andererseits ist der Chinese weltbekannt für sein außerordentlich tief sitzendes Mißtrauen und seine geradezu ins Verzerrte gehende Angst, irgendwo mit dem Gericht zusammenzutreffen. Gibt es eine ernsthafte Schlägerei auf der Straße, ertrinkt ein Chinese irgendwo im Wasser, so springt niemand zur Hilfe, sondern entfernt sich so schnell wie möglich, um nicht als Zeuge vernommen zu werden. Dort ist also zwischen dem europäisch-amerikanischen, wie dem japanischen übernommenen Rechtsempfinden und dem chinesischen eine weitenweite Kluft. Bei uns herrscht das Vertrauen, hier herrscht das Mißtrauen. Dieses Mißtrauen bei den Chinesen zu beseitigen, werden drei Jahre nicht genügen. Das Vertrauen bei den dreihunderttausend Fremden, die täglich mit China unmittelbar zu tun haben, herzustellen, wird der Zeitraum ebenfalls zu kurz sein.

Die große prinzipielle Schlachtentscheidung ist zwar am 17. November zugunsten Chinas gefallen. Der Sieg wird den chinesischen Willen zur Niederkämpfung des letzten Sonderrechtes der Fremden, der Gerichtsbarkeit, wesentlich stärken. Aber ich glaube, daß die Fremden mit der größten Zähigkeit ein Rückzugsgefecht nach dem andern schlagen werden. Die Deutschen hier haben, ob sie wollen oder nicht, Anteil an dem Hin und Her, das dabei entsteht. Unsere Landsleute werden im Uebergangszustand mitleiden, obwohl sie die Konsulargerichtsbarkeit nicht mehr haben, denn wir sind nur ein Bruchteil des ganzen Fremdenkomplexes hier in China. Die letzten 4½ Jahre haben gezeigt, daß wir uns hier nicht auf einer isolierten glücklichen Insel befinden.

Das ist es, was ich als meine Pflicht betrachte, festzustellen. Von Sympathien kann man nicht leben. Für uns geht jeden Morgen hier für die nächsten tausend Tage die Sonne doch wieder im Osten auf. Sie bedeutet den Alltag mit all seinen Sorgen.

Chamberlain Ehrenbürger von London

Die City von London hat beschlossen, Sir Austen Chamberlain in Anerkennung seiner Verdienste um Locarno das Bürgerrecht der City zu verleihen.

Kredit und Kartell

Kritik im Reichstagsausschuß

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages setzte in seiner heutigen Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Simon-Franken (Soz.) die Erörterung der Wirkung der hohen Bankzinsen auf die Wirtschaft fort.

Abg. Dr. **Hilferding** (Soz.) forderte eine umfassende Wirtschaftsenquete. Die gegenwärtige deutsche Wirtschaftskrisis habe in ihrem weiteren Verlauf ihren Charakter geändert. Während sie anfangs nur die durch die Inflation aufgeblähten großen Industriekonzerne traf, sei sie jetzt immer mehr zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise geworden, die nicht mehr nur als Reinigungskrise anzusehen sei. Die Ursache liege darin, daß schon seit 1914 eine falsche Steuerung der Wirtschaft zu beobachten sei, ermöglicht durch den Ausschluß der ausländischen Konkurrenz. So sei eine falsche Verteilung des Kapitals als Produktionsmittel auf die einzelnen Produktionszweige eingetreten. Die Kriegs- und Inflationswirtschaft habe die Wirkung einer technischen Rückständigkeit der deutschen Industrie gehabt.

Der Unterschied der deutschen Kartelle und der ausländischen Trusts liege darin, daß im Gegensatz zu den Trusts die deutschen Kartelle eine Art kapitalistischer Mittelstandspolitik treiben zum Schutz der Schwachen und Rückständigen. Wenn wir in dem Uebergang vom Kartellwesen zum Trustsystem einen wirtschaftlichen Fortschritt innerhalb des kapitalistischen Systems sehen, so brauchen wir nach amerikanischem Muster ein unabhängiges Kartellamt, das die Interessen der Allgemeinheit bei dieser Trustbildung genügend wahrt.

Die schematische Kreditkontingentierung der Reichsbank könne keine volkswirtschaftlich nützliche Wirkung haben, weil dabei kein Unterschied gemacht wird zwischen volkswirtschaftlich nützlichen und anderen Betrieben. Die Situation unserer Währung ist sehr günstig. Mit dem Gerede von der Gefahr einer neuen Inflation kann die Notwendigkeit einer schematischen Kreditkontingentierung nicht begründet werden. Jetzt sind diejenigen Teile der Wirtschaft, die direkten Zugang zur Reichsbank haben, privilegiert gegenüber den anderen. Es ist zu begrüßen, wenn die Reichsbank die Kontingentierung lockern will, erst mit ihrer Beseitigung aber würden wir zur echten Goldwährung zurückkehren.

Reichsbankdirektor **Hasse** erwiderte, es sei zunächst unvermeidlich gewesen, bei der Kreditkontingentierung mit einer gewissen Schematisierung vorzugehen. Dabei sei aber den einzelnen Bankanstalten gleich gesagt worden, daß sie bei der Verteilung unterscheiden müßten zwischen volkswirtschaftlich wichtigen und anderen Betrieben. Es werde nicht nur geprüft, ob die Wechsel bezahlt werden können, sondern auch die wirtschaftliche Bedeutung des Kreditnehmers. Nach diesen Richtlinien werde verfahren, so daß man jetzt nicht mehr von einer rein schematischen Regelung sprechen könne. Auch die Leitung der Reichsbank verfolgt das Ziel, die Kontingentierung allmählich aufzuheben.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums gab dann Auskunft über die Anlage der öffentlichen Gelder. Das Reich kommt in Frage bei den Geldern des Reichsfinanzministeriums, der Reichspost, der Reichsbahn und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Im Anschluß an die Preissenkungsaktion der Regierung haben die genannten Stellen eine Vereinbarung dahin getroffen, daß sie bei der Ausleihung ihrer verfügbaren Gelder von den mit der Weitergabe betrauten Banken keinen höheren Zinssatz als 7½ v. H. verlangen. Nur der Post und der Reichsversicherungsanstalt wurden für langfristige Gelder 8 v. H. zugestanden. Die mit der Weitergabe betrauten Banken haben sich verpflichtet, ihren Zinssatz für diese Gelder nur 1 v. H. höher zu bemessen. Hypotheken und solche Darlehen, die länger als ein Jahr laufen, fallen nicht unter das Abkommen, aber auch für diese soll eine möglichst geringe Zinsspanne in Anwendung gebracht werden. Die mit der Weitergabe betrauten Banken haben sich verpflichtet, die Zinsermäßigung ihren Kunden in vollem Maße zugute kommen zu lassen. Mit den Ländern und Gemeinden sind Vereinbarungen ähnlicher Art über die Ausleihung ihrer Gelder getroffen worden.

Ministerialdirektor **Schäffer** vom Reichswirtschaftsministerium äußerte sich dann an Hand der letzten amtlichen Statistik über die Mißbräuche im Aktienwesen und über die praktischen Wirkungen der Krise. Es habe sich herausgestellt, daß die meisten Mißbräuche bei den kleineren Aktiengesellschaften bestehen. Wenn darin kein Wandel eintritt, werde die Regierung vor gesetzgeberischen Eingriffen nicht zurückschrecken. Die neueste Konkursstatistik beweise, daß hier die Krise wirklich als Reinigungsprozeß wirke. In der Hauptsache seien kleinere und neu entstandene Betriebe eingegangen, nur wenig größere Aktiengesellschaften.

Die Arbeiterentlassungen und die Einführung der Kurzarbeit treffe als Wirkung der Krise freilich auch große wirtschaftlich wichtige Betriebe. Man könne nicht einfach die Kartelle als schlecht, die Trusts als gut bezeichnen, ebensowenig wie man allgemein alle Frauen gut oder schlecht nennen kann. (Heiterkeit.) Wenn man die Kartelle bekämpft, komme man zum Trust, und nicht jeder Trust sei wirtschaftlich vernünftig.

Strafprozeßreform gegen Fememorde

Im Rechtsausschuß des Preußischen Landtages teilte bei der Beratung der Anträge auf Erlaß von Gesetzesbestimmungen zur wirksamen Verfolgung von Femeorganisationen der Vertreter der Staatsregierung mit, es sei damit zu rechnen, daß bei der Reform des Strafgesetzbuches in absehbarer Zeit entsprechende scharfe Strafbestimmungen geschaffen werden.

Landgerichtsdirektor Eichhoff aus Cassel, volksparteiliches Mitglied des Preußischen Landtages, setzt sich in der „Nationalliberalen Korr.", bei aller Ablehnung des von uns heute mitgeteilten Berichtes des kommunistischen Abg. Obuch über die Fememorde, mit erfreulicher Entschiedenheit dafür ein, daß diese Strafrechtsreform vorgenommen wird. Er schildert die heutige Rechtslage, die, namentlich angesichts des soeben aufgedeckten Mordplanes gegen Stresemann, besonders unbefriedigend ist. Er schreibt:

„Der vollendete Mord wird nach § 211, Strafgesetzbuch, mit dem Tode bestraft. Ein Mordversuch wird nach § 44 mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft. Aufforderung zur Begehung des Verbrechens des Mordes, Anerbieten zur Begehung des Verbrechens des Mordes oder zur Teilnahme an diesem Verbrechen und bereits die Verabredung des Verbrechens des Mordes werden nach § 49a und b mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft. Der § 49b ist bekanntlich nach der Ermordung Rathenaus in dem Gesetze zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 geschaffen worden, das im übrigen in seinen §§ 1 ff. Vereinigungen oder Verbindungen, die die Tötung von Mitgliedern der Regierung des Reiches oder Länder sich zum Ziel setzen, schon wegen dieses Zweckes unter Strafe stellt. In den §§ 128, 129 RStrGB. wird die Teilnahme an Geheimverbindungen ebenfalls unter Gefängnisstrafe gestellt. **Alle diese Strafbestimmungen treffen aber den Fall nicht, aber nicht ausreichend, daß es zu Mordplänen und Ausführungshandlungen gegen bestimmte Personen noch nicht gekommen ist.** Auch genügen die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches schon in der Strafandrohungen nicht. Diese Lücken will der Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion durch eine entsprechende Ergänzung des Strafgesetzbuchs ausgefüllt wissen."

Der im Rechtsausschuß des Landtages schließlich angenommene Kompromißantrag der Zentrumspartei wurde von allen Parteien und Gruppen, mit Ausnahme der Kommunisten beschlossen.

*

Die Vorgänge der letzten Tage haben gezeigt, daß mit dem Erlaß derartiger Gesetzesvorschriften nicht gezögert werden darf. Die ablehnende Haltung der Kommunisten ist nur zu verständlich. Auch sie neigen zur Bildung illegaler Geheimverbände, und in deren Wesen liegt es, daß sie durch Terror sich gegen Verrat zu schützen streben. Die neuen Strafbestimmungen müssen selbstverständlich gleichmäßig gegen die radikalen beiden Flügel, der Rechten wie der Linken, sich wenden, soweit die gleichen Voraussetzungen vorliegen.

Französisches Gefängnisurteil in Mainz

Das französische Militär-Polizeigericht in Mainz verurteilte den Redakteur Leopwld Wolf aus Barmbolder wegen Veröffentlichung eines Artikels „15 000 Deutsche in der französischen Marokko-Armee", in dem die Art der Anwerbung für die Fremdenlegion kritisiert wurde, zu 15 Tagen Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe. — Man darf erwarten, daß dieses, gelinde gesagt: unzeitgemäße Urteil nicht vollstreckt wird.

Landtag wieder beschlußunfähig

Der preußische Landtag hat heute, am letzten Sitzungstage vor den Weihnachtsferien, die Novelle zum preußischen Grundvermögensteuergesetz in dritter Lesung beraten. Zu einer Verabschiedung des Gesetzes kam es jedoch nicht, da sich bei der Schlußabstimmung, die auf Antrag der Deutschnationalen namentlich war, Beschlußunfähigkeit ergab. Soweit Beschlüsse gefaßt wurden, blieb es bei der Gültigkeitsdauer bis zum 30. September 1926. Auch wurde ein Kompromißantrag der Regierungsparteien angenommen, der die Steuerbefreiung für Siedlungen wie für Neubauten auf je fünf Jahre festsetzte, während in der zweiten Lesung für Siedlungen eine Steuerbefreiung von sechs Jahren und für Neubauten von zehn Jahren ausgesprochen war. Da weitergehende deutschnationale Abänderungsanträge abgelehnt wurden, beteiligten sich die Deutschnationalen nicht an der Schlußabstimmung, so daß nur 150 Stimmen abgegeben wurden, das Haus also beschlußunfähig war.

In der gleich anberaumten neuen Sitzung wird der Initiativ-Gesetzentwurf über die Gewährung einer einmaligen Zuwendung an Beamte in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Die Vorlage lehnt sich an die Beschlüsse des Reichstages für die Reichsbeamten an. Die Beamten der Gruppen I—IV bekommen danach ein Viertel des Monatsgehaltes, die der Gruppen V und VI ein Fünftel des Gehalts nach der Weihnachten ausgezahlt. Weitere Anträge der Kommunisten, die für die Gruppen I—VII eine Wirtschaftsbeihilfe von 300 M. verlangten und den Zuschlag zum Grundgehalt von 12½ auf 30 v. H. erhöhen wollten, wurden abgelehnt.

Nach Erledigung einer Anzahl kleinerer Vorlagen wurde schließlich noch der Gesetzentwurf, der die technischen Bedingungen des Verfahrens bei Volksbegehr und Volksentscheid in Preußen regelt, in zweiter und dritter Lesung erledigt. Abg. **Pieck** (Komm.) erklärte, daß die Vorlage seinen Parteifreunden lange nicht weit genug gehe. Abg. **Badt** (Soz.) sieht ebenfalls in der Vorlage keine ideale Lösung, aber eine brauchbare Grundlage. Die preußische Vorlage bedeute aber eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Verfahren im Reich.

Das Haus vertagt sich hierauf auf den 12. Januar 1926, nachmittags 2 Uhr. Den wenigen noch anwesenden Abgeordneten wünscht der Präsident Bartels gute Feiertage. Schluß nach 1 Uhr.

Deutsch-polnische Verträge unterzeichnet

Zwischen der deutschen und der polnischen Regierung haben seit längerer Zeit Verhandlungen über die Regelung verschiedener Materien stattgefunden, die für die Rechtspflege der beiden Länder und für die rechtlichen Interessen ihrer Staatsangehörigen von Bedeutung sind. Auf Grund des Ergebnisses dieser Verhandlungen sind am 16. Dezember 1925 im Auswärtigen Amt von bevollmächtigten Vertretern der beiden Regierungen zunächst folgende Abmachungen gezeichnet worden:

a) **Deutsch-polnisches Familiengüterabkommen zur Regelung der Rechtsverhältnisse** der fideikommissarisch gebundenen Vermögen, soweit diese sich teils in Preußen, teils in Polen befinden;

b) **Notenwechsel zur Regelung des Rechtshilfeverkehrs in Strafsachen;**

c) **Notenwechsel über die Veröffentlichung von Fahndungsgesuchen.**

Radio-Woche

Uebertragungen von fernen Stationen — Rezitationen

Mit einem dieser winzigen, billigen, einfach konstruierten Apparate hören, was in London, Paris, Rom, Oslo gesagt, gesungen, musiziert wird — das ist schon keine Sensation mehr. Von empfindlichen Apparaten werden die Aetherschwingungen aufgenommen, und ihre Botschaft wird dann durch den örtlichen Sender weiterverbreitet. In der letzten Woche wurden wieder Versuche dieser Art gemacht mit dem Erfolge, daß man die fernen Stationen ausgezeichnet und fast ohne Störung hören konnte. Aus England kam ein Konzert, dazwischen der sachlich genaue Sprecher mit der bekannten Trockenheit; dann nachher Männerstimmen in der erfrischend echten, hinreißenden Lustigkeit ihrer synkopierten Jazzrhythmen, Musik der Weltstadt, Musik der Zeit; aus Paris eine holde Damenstimme und der Duft der französischen Sprache; aus Rom ebenfalls ganz programmäßig Wohlklang von Chören und — nein, es ist keine Einbildung! — etwas wie der Abglanz klassischer Kulturen im Ebenmaß und edlen Fluß der Töne; und dazwischen machte sich eine russische Station bemerkbar, hemmungslos vereint, zu sehr vereint in diesem Fall dem übrigen Europa — mit den Morsehieroglyphen ihrer Telegrammsprache. Wodurch mithin jeder Hörer, auch der bornierteste Nationalist, automatisch zum Weltbürger oder wenigstens zum Erdbürger avancierte und den Einsturz der Landesgrenzen erleben mußte. Der Leiter dieses Fischzuges aus dem Aether war Professor Leithäuser, dessen Stimme sich dazwischen zu erklärenden Bemerkungen meldete.

Offensichtlich ist die Technik jetzt so weit vorgeschritten, daß solche Uebertragungen mehr sind als Versuche. Es ist gewiß ganz schön, daß man sie ab und zu vordemonstriert; aber das genügt nicht. Sie müßten regelmäßig zum Programm gehören, und zwar nicht in der Weise, wie bisher, daß man immer nur kurze Fetzchen hören darf, sondern so, daß ganze Abende lang die Darbietungen der fernen Stationen übernommen werden. Das sollte mindestens einmal in jeder Woche geschehen! Die sprachlichen Schwierigkeiten, wenn man sie etwa als Hemmung betrachtet und nicht als die beste Lektion, sind leicht zu beseitigen; denn es braucht ja bloß ein deutscher Sprecher als Dolmetscher die Worte des fremdländischen zu übersetzen.

Man kann auch hier die Feststellung machen, daß man im allgemeinen bei der Leitung der Sendestellen viel zu zaghaft ist, die ganz neuen, spezifischen Möglichkeiten des Rundfunks zu realisieren. Es ist gewiß sehr erfreulich, daß jetzt zum Beispiel in Berlin viel gute Kunst und einige gute Vorträge verbreitet werden; aber es ist verkehrt, wenn man sich darauf beschränkt, durch den Rundfunk das alte Leiche zu vervielfältigen, was man schließlich auch sonst, wenn auch teurer und unbequemer, haben kann. Der Rundfunk muß die ihm eigentümlichen Werte entwickeln, genau wie der Film. Hier wie dort ist, gerade in Europa, die Gefahr, daß der zu große Respekt vor den Fundamenten dieser Kultur die Entstehung des Neuen, typisch der Erfindung Angemessenen lähmt. Dadurch könnte, müßte Radio gerade in dem kleinen, bunschecksigen Europa interessanter und vielfältiger sein als irgendwo anders — als zum Beispiel in Amerika, wo schließlich aus dem ganzen Land an allen Stellen nur Gleichartiges ertönen kann! Der europäische Rundfunk als eine Unterhaltung der Völker miteinander im raumlosen Raum des Aethers — das ist die Aufgabe der nächsten Zeit.

*

Stärkster Eindruck der letzten Tage: Ludwig Hardt. Er sprach Rilke. Hardt zieht alle Register seines Instruments. Er geht bis zum leisesten Flüstern, bis zum pathetischen Fortissimo, achtet nicht des Mikrophons vor ihm, so daß es im „Cornet" manchmal schwer wurde, ihm zu folgen. Aber was tut das! Wie er so die Stäbe zusammenbiegt, einpreßt und dann emporschnellen läßt zu einem Wort, das emporgeschleudert wird wie eine Rakete; wie er in unerhörter Vielfalt Rhythmen und Tonfälle wechseln läßt, sie dann wieder zum Ganzen zusammenschiebend, wie er die Mittel der Sprechkunst in kühnster Wirksamkeit differenziert und sie handhabt, nie sich zum Manierischen um das Kunstwerk vor dem Hörer zu errichten — da verschwindet seine Person, und was einzig hervortritt, ist in aller Hoheit das Gedicht, dem er dient. Es ist klar, daß diese neue Form der Rezitation, in der „das eingeschränkte Individuum, das sie hervorbringt, sich nicht vors Auge stellt", ihm die Möglichkeit zu großen, reinen Wirkungen gibt.

In der „Stunde der Lebenden" sprach wieder ein Dichter: Ernst Weiß. Das aus seinem neuen Roman: „Männer in der Nacht," leise, mit verhaltener Intensität; malte die satten Farben einer „Ballade von sterbenden Napoleon". Vorher hatte Edith Stehr Carten Novellen von ihm deklamiert und mit Affekten überladen, Kasack hatte einführende Worte gesprochen.

Erwähnt sei noch ein Nachmittag mit dem Thema: Oscar Wilde. Ida Orloff sprach ein Märchen, entparfümierte es und erhob es zu schöner Einfachheit. Dagegen waren ihre Tonfälle für Gedichte und Briefe Wildes zu hoch, oder zu tief, jedenfalls anders als das Original gestimmt. Den kurzen Vortrag über den Dichter hielt C. F. W. Behl.

Frank Warschauer.

Eine Selbstbiographie Lovis Corinths. Wie wir hören, hat Lovis Corinth eine Selbstbiographie hinterlassen, die von den Tagen frühester Jugend bis in die letzte Lebenszeit führt. In ihrer Darstellungsform, die Autobiographie, Memoiren und Tagebuch vereinigt, ist sie ein Bekenntnis, das in jeder Zeile das Gepräge des Meisters trägt. Das interessante Werk, von Corinths Witwe, Charlotte Berend-Corinth, herausgegeben, wird zu Anfang des neuen Jahres im Verlage S. Hirzel, Leipzig erscheinen.

Michael Bohnen als Hans Sachs. In der Staatsoper tritt gestern Michael Bohnen in den „Meistersingern" auf. Der Hans Sachs ist von je her eine seiner stärksten Leistungen gewesen; aber gestern war der Sänger offenbar durch eine Indisposition an der vollen Entfaltung seiner Kräfte behindert. Das Organ gab nicht das Notwendige her oder nur eben gerade das Notwendige, und so kam es, daß auch der Ausdruck nicht die Fülle zeigte, die wir sonst bewundern. Immerhin blieb noch genug des Eindrucksvollen übrig, um den Dank des jubelnden Publikums gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

M. M.

Deutsche Bücher im Ausland. Durch die Auslandsabteilung des Verlages S. Fischer, Berlin, wurden in den letzten Wochen die folgenden Uebersetzungsrechte an ausländische Verleger verkauft: Hauptmann: „Die Insel der Großen Mutter" für Spanien. Hermann Hesse: „Siddhartha" für Holland und Bulgarien. Jakob Wassermann: „Faber oder die verlorenen Jahre" für Holland. Gerhart Hauptmann: „Fasching" für Rußland. Jakob Wassermann: „Laudin und die Seinen" für Holland und Ungarn. Bernhard Kellermann: „Die Brüder Schellenberg" für Ungarn und Holland. Richard Lewinsohn: „Die Umschichtung der europäischen Vermögen" für Frankreich. Thomas Mann: „Der Zauberberg" für Holland.

Sport / Spiel und Turnen

Europameisterschaften im Ringen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Mailand, 18. Dezember

Die Beteiligung an der Amateur-Ringkampfkonkurrenz um die Europachampionate und das Europameisterland ist außerordentlich stark. Die deutschen Ringer holten sich fast ausnahmslos Siege.

Die größten Chancen für die Europa-Meisterschaft dürften wohl Ungarn, Deutschland und Schweden haben. Gestern wurden 16 Kämpfe ausgetragen, darunter nur sechs mit Punktwertungen. Der von Deutschland gemeldete Schwergewichtler Müller-Köln ist nicht eingetroffen. Tasnady-Kreuznach mußte ausscheiden, da sich an der Waage Uebergewicht herausstellte und für das Federgewicht die Paare vollzählig waren. Vom Organisations-Komitee wurde Sulzbach, der Führer der deutschen Ringer, aus Kreuznach als Punktrichter und Kampfleiter bestimmt.

Harmath-Ungarn siegte über Gadbjein-Jugoslawien (Federgewicht) nach Punkten, ebenso Matura-Ungarn über Marth-Pirmasens (Leichtgewicht) nach Punkten. Barga-Ungarn konnte den Italiener Gattel (Halbschwergewicht) in 2:30 abfertigen, ebenfalls Bräun-Deutschland den Jugoslawen Nikolic (Mittelgewicht) in 4 Min. Im Schwergewicht hatte es der Schwede Svensson eiligst mit seinem Siege über den Franzosen Dame, da der Kampf nur eine Minute dauerte. Der ungarische Bantammeister Magnar konnte den Stuttgarter Reiber in 9 Min. abfertigen, dagegen gelang im Federgewicht dem deutschen Meister Steinig-Dortmund über den 2. der Pariser Olympiade, den Schweden Malmberg, ein schöner Punktsieg. Ein bedeutender Erfolg. Der Ungar Remeth konnte nur einen knappen Punktsieg über den Franzosen Rottenpflug (Federgewicht) erweichen. Kerestes-Kreuznach fertigte Dotti-Italien im Leichtgewicht in 5 Min. sehr glatt ab.

Dem Oesterreicher Sefato gelang im gleichen Gewicht ein Punktsieg über den Franzosen Mattaier in 25 Minuten und ebenso Wöhlmann-Nürnberg über den Italiener Campagnoli im Halbschwergewicht. Im Federgewicht konnte Zirkel-Pirmasens den Italiener Pizzoso in sieben Minuten bezwingen. Der Italiener Dinaglia mußte sich dem Franzosen Lux im Federgewicht gegenüberstellen und konnte diesen in 8 Minuten 42 Sekunden auf beide Schultern drücken. Der Franzose Parizel (Leichtgewicht) hatte den Italiener Selmie als Gegner, mit dem er in 3:27 leicht fertig wurde. Das gleiche Schicksal hatte der Franzose Bandenbeele im Halbschwergewicht, der von dem Pirmasenser Rupp in zwei Minuten erledigt wurde. In der gleichen Gewichtsklasse wurde ein sehr schöner Kampf von dem Weltmeister Westergreen-Schweden geliefert, der gegen den Ungarn Papp in 7 Minuten 40 Sekunden siegte.

Der zweite Tag ist noch für die Ausscheidungen bestimmt, am Sonnabend dürften bereits die Vorschlußkämpfe beginnen.

Letzte Sportnachrichten

Für das 100-Kilometer-Mannschaftsfahren, das am ersten Weihnachtstage auf der Breslauer Winterbahn ausgefahren wird, wurde das Paar Thollembeck-Verschelden verpflichtet. Letzterer gewann mit Persyn als Partner das letzte Berliner Sechstagerennen.

In der südamerikanischen Fußball-Meisterschaft, um die sich nur Ländermannschaften der südamerikanischen Republiken bewerben können, schlug Argentinien Brasilien 4:1 und gewann damit die Konkurrenz. Das Spiel fand in Buenos Aires vor 40 000 Zuschauern statt. Uruguay nahm diesmal an der Meisterschaft nicht teil.

Der englische Tennisverband hat abermals beschlossen, daß ein Spieler, der in irgendeinem anderen Sport als Berufssportler gilt, auch Tennis nicht als Amateur betreiben kann.

Der amerikanische Schachmeister Frank Marshall spielte im gut besetzten Hause der Freien Schachvereinigung (Equitable-Palast) 30 Partien simultan. Er begann Punkt 8 Uhr und hatte bereits um 10.20 sämtliche Partien erledigt. Dem jungen Helling (Schachgesellschaft) gelang es, schon nach etwa 1½ Std. Kampf gegen Marshall die erste Partie zu gewinnen. Er mußte noch zum weiteren Verlustpunkte buchen: gegen Gars und gegen das sehr stark spielende Frl. Papastavri. Drei weiteren Gegnern gestattete er noch Remis, die 24 übrigen Partien wurden von ihm gewonnen.

Der Ringrichter ist schuld

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Paris, 18. Dezember

Ein Redakteur der „Ere Nouvelle" hatte im Dezember 1924 dem Boxkampf zwischen Francis Charles und Young Travet beigewohnt, nach dem der letztere geschrieben erkrankt im Spital lag. Der Journalist war darmaßen erschüttert, daß er in einem Bericht dem Schiedsrichter Bernstein vorwarf, zu einem „Mord" Beihilfe geleistet zu haben. Der Schiedsrichter verklagte den Journalisten wegen Beleidigung. Das Gericht verurteilte den Verklagten in erster Instanz zu 2000 Franken Schadenersatz und Veröffentlichung des Urteils in zwei Zeitungen. Da der Journalist gegen das Urteil Berufung einlegte, erhöhte das Gericht die Schadenersatzsumme in der zweiten Instanz auf 5000 Franken.

Juristisch hatte der französische Kollege gewiß unrecht. Von „Mörder" kann keine Rede, geschweige denn eine Schreibe sein. Schon deshalb nicht, weil ja zum Glücke Young Travet lebt, aber wenn der Redakteur Bernstein Verteidigung bzw. Verschuldistung zu schweren Körperverletzung zum Vorwurfe gemacht hätte, würde ihm einige tausend Franken erspart geblieben, es wäre denn, daß Wahrheit in Frankreich steuerpflichtig ist. Juristisch hatte also unser Kollege von der Ere Nouvelle unrecht, in der Sache aber war er im Recht. Der Ringrichter muß einen Kampf abbrechen, wenn ein Mann geschlagen ist. Er darf ihn nicht unnötig weiter schlagen lassen, damit jetzt er ihn einer Gesundheitsschädigung aus und verzerrt Geist und Gesetz des Sports und des Boxkampfes. Ein Mann kann, das weiß jeder vom Fach, auch stehen & praktisch knockout sein, und wenn auch das Publikum, das nicht immer gut und richtig sieht, gegen den Ringrichter, der einen Kampf abbricht, bevor ein Mann wirklich ausgezählt ist, demonstrieren sollte — an solchen Kundgebungen ist noch niemand gestorben, an einem schweren Unfall im Ringe kann nicht nur der eine Boxer, kann auch der Sport erkranken. Amateurboxen darf niemals Spektakelstück sein, es ist um der Boxer willen, nicht der Zuschauer wegen da, und auch das Berufsboxen darf seinen Zusammenhang mit dem Sporte nicht verlieren, auch dort muß die Gesundheit (Propaganda!) der Kämpfer oberste Ringgesetz sein. Ein Niederschlag, auch ein zweiter wohl hat tetzerlei Folgen, immerhin wird durch ihn die Widerstandskraft herabgesetzt, und dann noch weiter treffende schwere Schläge können wohl Folgen nach sich ziehen. Der Ringrichter muß daher rechtzeitig abbrechen. Er muß im Interesse des Sports immer nach dem Satze handeln:

Besser 10 Kämpfe zu früh abgebrochen, als ein einziger zu spät.

Gegen den Boykott der deutschen Wissenschaft

Aus Anlaß des Besuches amerikanischer Aerzte in Deutschland hat die Berliner Medizinische Fakultät folgenden Beschluß gefaßt: „Die Medizinische Fakultät der Universität Berlin, an der alle politischen Anschauungen, mit Ausnahme der kommunistischen, vertreten sind, hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß ein offizieller Verkehr mit wissenschaftlichen Vereinigungen von ehemals feindlichen Staaten solange unmöglich ist, wie der Ausschluß der deutschen Sprache und der deutschen und österreichischen Gelehrten besteht."

Zur Erklärung dieses Beschlusses hat der derzeitige Dekan Professor Dr. Goldscheider der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift" die Mitteilung gemacht, daß im Mai dieses Jahres eine Anfrage der Inter-State Poste graduate Assembly of America wegen Besuches in Berliner Kliniken von der Fakultät dahin beantwortet worden ist, daß die Fakultät an sich den Wunsch der amerikanischen Vereinigung begrüßt und sich freuen würde, die Herren zu empfangen, daß sie aber solange nicht in der Lage ist, dieses zu tun, wie noch die Ausschließung der deutschen Mediziner und der deutschen Sprache von den internationalen medizinischen Kongressen besteht oder nicht wenigstens die Teilnehmer der Vereinigung ein Schriftstück unterzeichnet haben, wonach sie die im Jahre 1920 gefaßten Beschlüsse nicht billigen und ihre ganze Kraft einsetzen werden, den Beschluß rückgängig zu machen. Als trotz dieses Schreibens Mitglieder der Gesellschaft sich zum Besuch angemeldet hatten, habe Goldscheider ihnen Abschrift des an den Vorstand gerichteten Briefes zugeschickt. Darauf ist von den am 12. Juli in Berlin eingetroffenen Mitgliedern nur die Mitteilung erfolgt, daß sie das Schreiben zur Verfügung empfehlen werden, trotzdem sie die Kliniken und Institute Berlins nicht gesehen hätten. Von den aus Paris angemeldeten 46 Mitgliedern der Vereinigung ist eine Antwort nicht erfolgt. Der Dekan hat von dem Schreiben der Fakultät hinsichtlich der Zulassung der amerikanischen Aerzte zur Besichtigung von Kliniken auch dem Vorstand des Verbandes deutscher Hochschulen Mitteilung gemacht.

*

Daß bei der amerikanischen Gelehrtenwelt auch sonst das aufrichtige Bestreben vorhanden ist, die Beziehungen zur deutschen Wissenschaft in der früheren Weise wiederzunehmen und zu diesem Zweck namentlich den Professorenaustausch wieder zu fördern, beweist eine Meldung aus Heidelberg. Wie das „Heidelberger Tageblatt" zu berichten weiß, hat der ordentliche Professor der englischen Philologie an der Heidelberger Universität, Geh. Rat Prof. Dr. Johannes Hoops, die Einladung angenommen, im Sommer nächsten Jahres an der Universität zu Berkeley (Kalifornien) Vorlesungen über sein Fachgebiet zu halten. Es ist vielleicht kein Zufall, daß diese Anregung zur Wiederaufnahme des deutsch-amerikanischen Gelehrtenaustausches gerade von der genannten Universität ausgeht, deren langjähriger Präsident Benjamin Ide Wheeler selbst mehrere Semester lang als Austauschprofessor an der Berliner Universität gewirkt und hier die denkbar besten Eindrücke hinterlassen hat. Wie weiter gemeldet wird, soll von amerikanischer Seite während der gleichen Zeit der Pädagoge Prof. Dr. J. B. Montgomery (Los Angeles) an der Heidelberger Universität als Austauschprofessor tätig sein. Auch der Heidelberger Nationalökonom Prof. Dr. Carl Brinkmann hat eine Einladung an die Yale-Universität in Newhaven (Connecticut) erhalten und wird vom Frühjahr nächsten Jahres ab dort Vorlesungen über sein Fachgebiet halten.

Neue Probleme der Bibelkritik. Emanuel bin Gorion, Erbe und Verwalter des Werkes seines verstorbenen Vaters Micha Josef bin Gordion (des Herausgebers von „Die Sagen der Juden" und „Der Born Judas") sprach im Lessing-Museum über dessen nachgelassenes Wert „Sinai und Garizim", das jetzt im Morgenland-Verlag in einzelnen Lieferungen zu erscheinen beginnen hat. (Professor Gressmann hat kürzlich im seinem Aufsatz: „Neue Wege der Bibelkritik" an dieser Stelle auf die wissenschaftliche Bedeutung des Werkes rühmend hingewiesen.) Im Beispiel des biblischen Schöpfungsberichtes wurden die Ergebnisse der Forschungen M. J. bin Gorions verständlich: die Erkenntnis, daß die Bibelentstehung, z. T. aus der Mythen entstehen, die vorerinnerder gelöst, sich in einem Bericht der Tat und einen Bericht des Wortes scheiden.

K—z.

Versteigerung eines Theaters. Vor dem Stettiner Amtsgericht findet am 27. Januar 1926 die Versteigerung des Stettiner Bellevuetheaters statt. Das Theater gehört zu dem in Konkurs geratenen Vogel-Konzern, der in mehreren deutschen Städten Kinotheatern unterhält.

Die drei Losgelassenen. Else Eckersberg, Wilhelm Bendow und Carl Ma. haben sich, des großen Erfolges wegen, den ihre Nachtproben in der Komödie hatten, entschlossen, sie diesen Sonnabend und Sonntag zu wiederholen.

Aus den Theatern. Im Theater am Nollendorfplatz ist die Uraufführung der Operette „Die offizielle Frau" von Robert Winterberg (Buch von Richard Keisler und Max Jungk, Gesangstexte von Franz Rauter) auf Mittwoch, den 30. Dezember, festgesetzt worden.

Anton Herrenfeld hat ein neues Stück vollendet, das sich „Familie Schmod" nennt, eine Milieukomödie aus Berlin W in drei Akten. Die Uraufführung ist für Ende Dezember geplant.

Vorträge. Dr. Werner Mahrholz wird auf Einladung des Hauptverbandes Chinesischer Studenten heute, den 18. d. M., abends 8 Uhr, im Saale des Klubs, Kantstraße 122, über „Die moderne Zeitung" sprechen.

Im Rahmen der von der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Handwerkskultur veranstalteten Vorträge spricht heute abend der Berliner Architekt Hans Häring über „Bauen und Wohnen" (Herrenhaus, 8 Uhr).

Städtisches Arbeiten

Die Kommunisten bewilligen den Nachtragsetat / Erhöhung der Mieten um ½ v. H. / Elektrizitäts- und Straßenbahntarife

Wenn die Not am größten, liegt die Stadt am nächsten. Wie in der Kriegs- und Inflationszeit die Kommunen den schwersten Teil der sozialen Fürsorgemaßnahmen zu tragen hatten, so müssen auch jetzt wieder die Städte in Aktion treten, um den Nöten dieses mißwürdigsten Winters ein wenig abzuhelfen. Am härtesten getroffen sind, wie immer in Zeiten allgemeiner Wirtschaftskrise, die großen Städte, und am allerschwersten die Vier-Millionen-Stadt Berlin. 90—100 000 unverschuldet Arbeitslose dürften heute in Berlin auf öffentliche Unterstützung angewiesen sein.

Das Notstandsprogramm, das der Berliner Magistrat zur Unterstützung dieser Erwerbslosen und zur Verhinderung weiterer Arbeitslosigkeit vor zwei Wochen angekündigt hat, hat jetzt den Instanzenweg glücklich zurückgelegt; die praktische Arbeit für die Arbeitslosen kann beginnen. Keine der politischen Parteien im Rathaus hat der Hilfsaktion für die Erwerbslosen ihre Unterstützung versagt und, was noch bemerkenswerter ist, die Stadtväter haben nicht nur die Ausgaben dafür bewilligt, sondern sie haben auch einmütig für die Deckung der Ausgaben gesorgt. Die einstimmige Annahme der Finanzierungsvorlage, die in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung erfolgte, verdient in den Annalen der Berliner Parlamentsgeschichte schon deshalb festgehalten zu werden, weil zusammen mit den Sozialdemokraten und sämtlichen bürgerlichen Parteien auch die Kommunisten den für die Erwerbslosenfürsorge notwendigen Nachtragsetat anstandslos bewilligten. Wir möchten einstweilen nicht annehmen, daß diese Haltung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion nur ein Verschen oder ein taktischer Regiefehler war. Hoffentlich ist man auch künftig auf dem linken Flügel gewillt, angesichts in sozialpolitischen Angelegenheiten praktisch mitzuarbeiten und nicht sich darauf zu verlassen, daß die anderen es schon machen werden.

Die erfreuliche Uebereinstimmung sämtlicher Rathausfraktionen darf allerdings nicht darüber täuschen, daß die nunmehr angenommene Finanzvorlage keineswegs ein Muster sinnvoller Sozialpolitik ist. Die auf 11 Millionen Mark berechnete Kostendeckung setzte sich, wie schon im heutigen Morgenblatt der „Vossischen Zeitung" kurz berichtet worden ist, aus drei Posten zusammen: aus einem Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, der 5 Millionen bringen soll, aus einer Erhöhung der Bruttoabgabe der großen Städtischen Werke von 5 auf 8 v. H., was die Stadt mit 2 Millionen veranschlagt, und schließlich auch noch durch eine Sonderabgabe der städtischen Elektrizitätswerke. Scheinbar also eine paritätische Belastung von Vermögen und Massenkonsum. In Wirklichkeit aber ist auch die Erhöhung der Grundvermögenssteuer eine allgemeine Belastung der Bevölkerung, wenn auch keine sehr drückende.

Die Hausbesitzer haben nämlich das Recht — und sie werden sicherlich davon Gebrauch machen — den neuen Grundvermögenssteuerzuschlag auf die Mieter abzuwälzen. Da der bisherige 100prozentige Zuschlag 4 v. H. von Friedensmiete ausmacht, so bedeutet die gestern beschlossene Erhöhung des Zuschlags um 12½ v. H. eine Mehrbelastung für die Mieter um ½ v. H. der Friedensmiete.

Diese indirekte Erhöhung der Mietzinssteuer ist freilich wohl die einzige Last, die die Berliner Bevölkerung als Folge der Notstandsaktion vorläufig wird zu spüren bekommen. Denn die Erhöhung der Abgaben der großen städtischen Werke für städtische Etatzwecke wird gewiß ohne Erhöhung der städtischen Werktarife aufzubringen sein. Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn dürften insgesamt ohne Mühe 2 Millionen Mark mehr an die Stadt abführen können. Die vom Magistrat vorgeschlagene Sonderabgabe der Elektrizitätswerke in Höhe von 4 Millionen Mark ist erst einmal einem Ausschuß überwiesen worden und dürfte damit bis zum Anfang nächsten Jahres vertagt sein. Die städtischen Elektrizitätswerke selbst scheinen zwar gar nicht abgeneigt zu sein, die Mehrabgabe aufzubringen, wenn man ihnen eine neue Tariferhöhung zugesteht. Aber die Tatsache allein, daß der Stadtkämmerer den vorläufigen Ausfall dieser 4 Millionen ohne Protest hinnahm, bürgt wohl dafür, daß die Stadt dieses Geld nicht allzudringend benötigt. Vorsichtig wie die Berliner Finanzverwaltung unter Dr. Karding nun einmal ist, scheinen die Einnahmen aus der Grundsteuer und die erhöhte Wertabgabe im Voranschlag so niedrig bemessen zu sein, daß ein Defizit sobald nicht zu befürchten ist. Ohne zwingenden Grund aber darf auf keinen Fall eine Erhöhung der Elektrizitätstarife vorgenommen werden.

Dasselbe Schicksal wie die geplante Erhöhung des Elektrizitätspreises erlitt das Projekt, die Straßenbahntarife zu erhöhen, um daraus Mittel für den Bau der neuen Untergrundbahnstrecke zu bekommen. Es ist kein Geheimnis, daß nicht nur in den Kreisen der Stadtverordneten, sondern auch im Magistrat selbst starke Bedenken gegen eine Erhöhung der Straßenbahnpreise bestanden und bestehen, und sogar bei solchen Magistratsmitgliedern, die von Amts wegen für diese Frage kompetent sind. Von seiten der Verkehrsdezernenten wird mit Recht geltend gemacht, daß die Durchbrechung des jetzigen Einheitstarifs auf der Straßenbahn ein unverantwortlicher Rückschritt wäre. Die vom Magistrat geplante Einführung besonderer Umsteigefahrscheine für 20 Pfennig würde wohl eine Mehreinnahme von einigen Millionen bringen, aber neben dem Publikum auch die Angestellten der Straßenbahn empfindlich belasten, die Aenderung des Fahrpreises notwendig machen und nach Abzug der damit verbundenen Kosten gewiß nicht soviel erbringen, daß der Bau der A. C. G.-Bahn dadurch wesentlich gefördert werden kann.

R. L—n.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn

Noch kein Schlichter ernannt

Wie wir aus dem Reichsarbeitsministerium erfahren, ist bisher zur Beilegung des Lohnkonfliktes bei der Reichsbahn noch kein Schlichter ernannt worden. Den Eisenbahnarbeitgeberverbänden sind, wie uns mitgeteilt wird, zahlreiche Protesttelegramme der Arbeitnehmerorganisationen zugegangen, in denen der Befürchtung Ausdruck gegeben wird, daß der Reichsarbeitsminister das Schlichtungsverfahren über Weihnachten hinaus verschleppen werde und in denen darauf hingewiesen wird, daß sich das Eisenbahnpersonals eine gewisse Erregung bemächtigt hat.

Berliner Postverkehr zu Weihnachten und Neujahr. Am 20. und 27. Dezember (Sonntage) sowie an den beiden Weihnachtsfeiertagen und am Neujahrstage sind die Postschalter wie sonst an Sonntagen offen, jedoch können am 20. von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags bei sämtlichen Paketannahmestellen gewöhnliche und Wertpakete aufgeliefert werden. Am 25. können in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags bei allen Paketausgabeämtern Pakete abgeholt werden. Am 20., 25. und 27. werden — auch nach Landorten — Pakete zugestellt, am 26. und am 28. Neujahrstag indessen nicht. Am 2. Weihnachtsfeiertage ruht auch die Zustellung der Briefsendungen und Zeitungen, die an den sonst genannten Sonn- und Feiertagen nach den gewöhnlichen Vorschriften für den Sonntagsdienst erfolgt, nur ist am Neujahrstag eine Geldzustellung vorgesehen. Am 24. — Heiligabend — werden alle Postanstaltsstellen um 4 Uhr nachmittags geschlossen; die Annahme von Telegrammen und Ferngesprächen sowie die Zustellung von Geldern und Paketen findet dagegen wie gewöhnlich statt. Die Briefschalter werden an diesem Tage im weiteren unverändert geleert, die abendliche Briefzustellung fällt jedoch aus.

Aufhebung des deutsch-holländischen Visums. Wie im Haag halbamtlich verlautet, haben die von 15. bis 17. Dezember in Osnabrück zwischen Vertretern der holländischen und der deutschen Regierung geführten Verhandlungen ein befriedigendes Resultat gehabt. Es besteht die Absicht, die Abschaffung des gegenseitigen Visumzwanges im deutsch-niederländischen Verkehr und eine Neuordnung des Grenzverkehrs zum 1. Februar 1926 in Kraft treten zu lassen.

Schildbürgerstreich. Aus Halberstadt wird der „Vossischen Zeitung" geschrieben: In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde mit 22 Stimmen (Bürgerblock) gegen 13 Stimmen (Zentrum, Sozialdemokraten und Kommunisten) die Rückkaufsuhr vier nach dem Rathausmund umbenannten Straßen beschlossen. Die Richard-Wagner-, Walter-Rathenau-, Kehr- (benannt nach einem um das Gute Kundlichen verdienten Mannes) und Friedenstraße werden in Zukunft wieder Kaiser-, König-, Kronprinzen- und Hohenzollernstraße heißen.

Weihnachtstee. Zugunsten notleidender deutscher Schriftsteller veranstaltete der Verband deutscher Erzähler gestern im Hotel Esplanade einen Tee mit künstlerischen Vorträgen, der von Nachmittag bis Mitternacht dauerte. Eugen Burg hielt die launige, emsante Konferenz, und weil er weiß, daß die Männer und Frauen des geschriebenen Wortes lebhafte Anhänger bewegter Diskussionen sind, hat er sich eine Glocke zugelegt, die statt seiner in dem Unterhaltungswirbel für jedes verstorbenen Künstler um Ruhe und Aufmerksamkeit bittet. Georg Engel, der Vorsitzende des Verbandes, begrüßte in knappen, herzlichen Worten die Gäste, weist auf den Zweck der Veranstaltung hin und erklärt es für eine unbedingte Pflicht der Dankbarkeit, notleidende und bedrückte Mitmenschen zu unterstützen. Ihn lösen die ernste und die heitere Muse mit schönen Vorträgen ab. Professor Deman bringt ein schönes Quartett zu Gehör. Otto Laubinger trägt Gedichte vor. Zubelnde Ovationen begrüßen Max von Schillings, der Theodor Scheidl zu Liedern am Flügel begleitet. Paul Morgan und Claire Waldorff sorgen für Bewegung der Lachmuskeln. Trotzdem ihr Programm und seine Witze nun schon seit Jahren dieselben sind, haben die oft gehörten Vorträge noch immer nichts von ihrer Wirksamkeit verloren. Die Büchertombola bringt manchem freudige Ueberraschung. Und dann wird getanzt, wie es zu einer richtigen Wohltätigkeitsveranstaltung gehört. Die Stimmung ist angeregt. Im Interesse der Sache wäre eine größere Beteiligung aus Publikumskreisen zu wünschen gewesen.

Selbstmordversuch Lia de Puttis

Aber nur leicht verletzt

Die Filmschauspielerin Lia de Putti (die Trägerin der weiblichen Hauptrolle in dem Jannings-Film „Varieté") sprangt heute nacht aus dem Fenster ihrer im zweiten Stock des Hauses Haberlandstraße 13 in Schöneberg gelegenen Wohnung. Sie fiel auf das Straßenpflaster, wo sie auf ihre Hilferufe von Passanten gefunden wurde. Man brachte sie in ihre Wohnung zurück, wo der Arzt glücklicherweise nur unerheblichte Hautabschürfungen feststellte. Einige Tage Bettruhe werden genügen, um die Künstlerin wiederherzustellen.

Ueber die Ursachen des Selbstmordversuches gehen die Meldungen auseinander. Man nimmt an, daß die Schauspielerin sich nach einer Auseinandersetzung mit ihrem Freunde, der die Wohnung Lia de Puttis verlassen hatte, aus dem Fenster gestürzt hat.

*

In einem Anfall geistiger Umnachtung stürzte sich heute morgen die Witwe Mathilde Otto aus dem vierten Stockwerk in den Treppenschacht des Hauses Ansbacher Straße 14. Der Arzt der Rettungsstelle konnte nur noch den Tod feststellen.

Der Mechaniker Luthar Höfer stürzte sich in der vergangenen Nacht aus dem vierten Stockwerk seiner Wohnung Müllerstraße 30. Seine Mutter konnte den Lebensmüden nicht mehr zurückhalten. Auf dem Transport zum Krankenhaus ist er seinen schweren Verletzungen erlegen.

Die 22 Jahre alte Hausangestellte Grete Glagow aus der Westfälischen Straße 18 sprang an der Charlottenburger Brücke in den Kanal, konnte aber gerettet werden. Ein Wagen des Rettungsamtes brachte sie in das Elisabeth-Krankenhaus.

Die Tragödie in der Marienbader Straße. Das furchtbare Geschick, das die Familie des Regierungsrats Rieß in der Marienbader Straße in Schmargendorf heimsuchte, hat tiefste Anteilnahme erweckt. Der zehnjährige Hermann, der gestern mit seiner zwölfjährigen Schwester Erika aus dem Fenster des dritten Stockes auf den Hof stürzte, ist im Laufe der Nacht seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Zustand des Mädchens ist so ernst, daß wenig Hoffnung besteht, es am Leben zu erhalten. Die beiden anderen Kinder sind ebenfalls schwer erkrankt, das eine liegt seit einem Vierteljahr mit einer Blutvergiftung zu Hause, das andere mit Scharlach im Krankenhaus. — Die Tragödie, die sich gestern abend im Hause Hohenzollernstraße Ecke Ostpreußen Str. 66 abspielte, wo der Oberingenieur Dr. Conrad Bosch und die 19 Jahre alte Kontoristin Else Drosenick mit Zyankali vergiftet aufgefunden wurden, hat noch keine Aufklärung gefunden. Bosch ist, wie wir berichteten, bereits verstorben, während das Mädchen noch vernehmungsunfähig im Krankenhaus liegt.

Wasserbrand in Vordeaux. Gestern abend ist in der Böse von Vordeaux infolge unvorsichtiger Handhabung einer Lötlampe ein Feuer ausgebrochen, das rasch um sich griff. Um 10 Uhr abends war der Brand lokalisiert. Der Sachschaden soll mehrere Millionen Franken betragen, jedoch konnten alle wertvollen Möbel und Kunstwerke in Sicherheit gebracht werden. Ein Stück des Stuckwerks der Kuppel, die selbst unversehrt blieb, stürzte ab. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Der Berufungsprozeß der Gräfin Bothmer

Die Diebstähle in der Bonbonfabrik

Zu Beginn der heutigen Verhandlung bemerkte zunächst der Vorsitzende in Richtigstellung einiger Berichte, daß er von dem Urteil der ersten Instanz nicht gesagt habe, er habe noch schlechtere Urteile gelesen, sondern er habe schon schlechtere Urteile gelesen. Er halte das Urteil sogar für recht gut, ohne damit sagen zu wollen, daß es im Endergebnis richtig sei. Im übrigen sprach der Vorsitzende seine Befriedigung darüber aus, daß in den Presseberichten noch nicht die Schuldfrage erörtert werde, wie dies manchmal in anderen Verfahren der Fall sei.

Im Verlauf der heutigen Zeugenvernehmung kam es zu einer kleinen Sensation, da die Verteidigung der Gräfin plötzlich mehrere Zeugen beibrachte, die die Glaubwürdigkeit der Frau Badura, durch die die Gräfin Bothmer in der ersten Verhandlung auf das schwerste belastet worden ist, in sehr erheblichem Maße erschüttert wurde. Wie erinnerlich, hatte in der ersten Verhandlung bereits der Inhaber der Potsdamer Bonbonfabrik Arndt ausgesagt, daß Frau Badura in seinem Betrieb gearbeitet und wegen fortgesetzter Diebstähle entlassen worden sei. Die Zeugin Frau Badura bestritt das ganz energisch und behauptete, der Fabrikant irre sich. Sie sei damals von ihm entlassen worden, weil Arbeitsmangel vorlag, und sie habe sich auch niemals unrechtmäßig bereichert und Bonbons mit nach Hause genommen. Sie habe höchstens im Betrieb einmal kleinere Naschproben an sich genommen. Heute wurde jedoch der 17jährige Arbeiter Heinz Zaar vernommen, der seinerzeit mit Frau Badura in der Fabrik tätig gewesen ist. Der Zeuge bekundete, daß in dem Betrieb ungeheuerlich gestohlen worden sei. Ganze Säcke Zucker, Kisten mit Apfelsinen und edle Konfitüren seien aus verschlossenen Räumen auf unerklärliche Weise verschwunden. Eines Tages habe er zusammen mit seinem Arbeitskollegen Wallbaum gefüllte Bonbonbüchsen im Gewicht von 25 und 50 Pfund auf die Laderampe gebracht und dort aufgestapelt.

Dann sei Frau Badura gekommen, habe sich vorsichtig umgesehen, schließlich eine 25 Pfundbüchse mit wertvollen Bonbons an sich genommen, und die Beute dann in dem Garten unter Gestrüpp versteckt. Die beiden Zeugen hätten sich dann auf die Lauer gelegt, aber nicht feststellen können, wie dann aus dem Garten der Fabrik die von Frau Badura entwendete Büchse Bonbons weiterbefördert worden sei. Sie hätten dann bei dem Fabrikinhaber Anzeige erstattet, der daraufhin Frau Badura und ihre beiden Schwestern Knall und Fall aus dem Betrieb entlassen habe. Die Bekundungen der beiden Zeugen riefen im Saale großes Aufsehen hervor.

Im Laufe des heutigen Verhandlungstags sollen die beiden Zeugen der Frau Badura gegenübergestellt werden.

Wildwest am Stettiner Bahnhof

Ein Droschkenchauffeur von Banditen an einen Pfahl gebunden

In der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr fand man vor dem Hause Borsigstraße 14, vor dem Schanklokal von Kuhn, die Kraftdroschke IA 27 227 ohne Führer auf. Der Führer der Kraftdroschke, Emil Hehmke, aus der Wolgaster Straße 9, war nach Zeugenaussagen von unbekannten Leuten überfallen und zu Boden geschlagen worden. Hehmke wurde nach der Rettungsstelle in der Bernauer Straße und von dort in das Lazarus-Krankenhaus gebracht.

Der Chauffeur war am Stettiner Bahnhof von einem Herrn und einer Dame zu einer Fahrt aufgefordert worden. Während er noch mit dem Ankurbeln seines Wagens beschäftigt war, wurde er von dem Unbekannten angerempelt. Als der Fahrgast seinem Chauffeur zu Hilfe kommen wollte, lief der Mob zusammen, schleppte unter Geschrei den Chauffeur an einen Laternenpfahl und band ihn dort mit einem Schal fest. Mit Werkzeugen und Fußtritten mißhandelte man den Chauffeur so lange, bis er blutüberströmt zusammenbrach, dann schleifte ihn die Bande bis zur Schlegelstraße, wo man den Hilflosen liegen ließ.

Die Flucht des Untersuchungsgefangenen. Wie wir im heutigen Morgenblatt mitteilten, ist der wegen Landesverrats ins Untersuchungsgefängnis eingelieferte Untersuchungsgefangene Krämer gestern bei einer Ausführung entflohen. Der Direktor des Moabiter Untersuchungsgefängnisses teilt uns hierzu mit, daß Krämer auf seinen eigenen Antrag mit Genehmigung des Untersuchungsrichters ausgeführt worden ist. Tatsächlich ist er nicht aus seiner Wohnung, sondern auf einer Bank, wohin er sich mit Genehmigung des Untersuchungsrichters begeben hatte, während des starken Gedränges entwichen, ohne daß es den Transportpolizisten möglich war, seiner wieder habhaft zu werden. Gegen die Beamten ist auch kein Verfahren eingeleitet worden, da sie an dem Vorfall unschuldig gewesen sind.

Schneeförderungen im Eisenbahnverkehr. Infolge der großen Schneefälle, die während des gestrigen Nachmittags und der heutigen Nacht im ganzen Reich niedergingen, sind die Eisenbahnverbindungen an vielen Stellen gestört. Namentlich sind außergewöhnliche Mengen Schnee in Pommern und in Ostpreußen gefallen. Der D-Zug aus Ostpreußen kam mit einer Verspätung von über einer Stunde in Berlin an. Der Verkehr vom Norden über Eberswalde war besonders empfindlich betroffen, man mußte von Eberswalde aus einen Sonderzug einlegen, um die zahlreichen Reisenden nach Berlin befördern zu können, da die stundenlangen Verspätungen der Anschlußzüge den Verkehr ins Stocken brachten. Die Züge aus dem Westen hatten durchschnittlich eine halbe Stunde Verspätung. Da die Schneefälle auch heute vormittag noch andauern, ist mit weiteren Verzögerungen im fahrplanmäßigen Verkehr zu rechnen. Von Berlin aus vollzieht sich der Verkehr vollkommen normal, aber die Anschlußbahnen, namentlich die kleineren Strecken mit geringerem Verkehr, dürften bei den zahlreichen Schneeverwehungen stark behindert sein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Kreuzberg: Sonnabend, nachmittags 5.30 Uhr, Antreten der älteren Kameraden in Bannerkleidung mit Fahnen Krematorium Gerichtstraße.

Wetteraussichten für Berlin und das Reich. Bewölkt mit Niederschlägen, Temperatur wenig über Null, später etwas Aufheiterung und wieder Frost.

(Hierzu eine Beilage)

Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Wattersdorf-Friedenau.

Beilage zu Nummer 598 — Freitag, 18. Dezember 1925, abends

Nur geringe Umsätze

Nach lustlosem Beginn abgeschwächt

Zunächst eröffnete die Börse auf die festere Haltung des französischen Franken hin in freundlicherer Grundstimmung. Auch regte der Beschluß, zwei ganz rein deutsch-französische Absatzkonferenz einzuberufen, besonders den Montanmarkt in günstigem Sinne an. Dagegen verstimmten die Nachrichten über die Notlage der rheinischen Städte, so daß die Spekulation außerordentlich zurückhaltend war. Das gestern verkündete Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der Deutschen Industrie trat naturgemäß in den Mittelpunkt des Interesses, ohne daß es auf das Kursniveau irgendeinen Einfluß ausübte. Ueber die anfänglichen Kursgewinne hinaus traten dann auf allen Märkten Kursabschläge ein, da wieder zu den Kassakursen der variablen und Termingapiere wohl im Hinblick auf die anhaltende Unsicherheit hinsichtlich der Regierungsbildung Material an den Markt kam. Lediglich Schiffahrtswerte, die zunächst fester lagen, konnten einen geringen Teil ihrer Gewinne behaupten.

Am Markt der Termingapiere lagen Phönix zunächst etwa 1 pCt. über dem Vorkurs, gingen dann aber auf 62 zurück. Farbwerte wiederum nachgebend: fast 2 pCt. schwächer lagen A. E. G. auf ungünstige Dividendenschätzung der Spekulation hin. Banken unentschieden.

Am Markt der variablen Werte konnte für Pöge auf eine Zuteilsquote hin nur unter Zuhilfnahme eines Kommissars ein Kurs festgestellt werden (+ 3). Oberschlesische Werte gut behauptet. Am Markt der Bahnaktien lagen Baltimore und Canada etwas schwächer.

Am Markt der heimischen Renten setzte Kriegsanleihe recht fest (0,215) ein, schwächte sich dann jedoch wieder auf 0,208 ab. Schutzgebietsanleihe 4,30. Verkehrsgapiere hatten sehr ruhiges Geschäft. Von bundesamtlichen Goldpfandbriefen sind 10proz. Ostpreußen mit einer Steigerung von 0,60 zu erwähnen. Unter den ausländischen Renten herrschte lebhaftes Geschäft in Ungarn, die schließlich bei 4½ pCt. Zinsen fester lagen. Auch rumänische Renten wieder zu höheren Kursen gesucht.

Kurse gegen 2 Uhr

Daimler 20,5, Hammersen 77, AEG 88,25, Gesfürel 100, Schuckert 56,5, Siemens u. Halske 63, Laura 25, Deutsch-Lux. 59,25, Gelsenkirchen 64,75, Oberbedarf 88,5, Phönix 61,5, Harpener 62, Hibernia 61, Rheinstahl 49,75, Riedel 36,25, NAG 37,5, Schultheiß 107,5, Orenstein 62,75, Leonh. Tietz 66,5, Salzdetfurth 109,75, Mannesmann-Röhren 51,5, Bochumer 61,5, El. Hochbahn 61,75, Canada 47,5, Baltimore 16,5, Farben 62, K-Schätze 31/5proz. 0,215, Schnellb. 0,215, Kriegsanleihe 0,210, Hamburg Paket 93,5, Nordd. Lloyd 96,5, Hansa 96,12, Hamburg-Süd 85,5, Deutsche Erdöl 63, BkW 3,1, Darmstädter 106,75, Disconto 104,5, Mitteldeutsche 90, Berliner Handelsges. 138,75, Deutsche 107,5, Dresdner 109,5, Commerzbank 97, Reichsbank 131, Südsee 20, Sloman 3,25, Saltirera 192,5, Deutsche Petroleum 50.

Am Markt der unnotierten Werte hielt das lebhafte Interesse für Kali-Industrie in Anspruch. Weitere Steigerungen in der G.-V. an. Zeitweilig stieg das Papier auf 130, um später aber im Einklang mit der schwachen Haltung der übrigen Börse auf etwa 126—126½ zurückzugehen.

	18. 12.		18. 12.		18. 12.		18. 12.
Adl. Kohle P	2,20	Holzstoff	7,00	Schebera	22,00	Niedera.	49,00
Abr. & Mat.	14,50	Holzm. Glas	—	Schlesien	—	Rosenberg	—
Bess. P	1,375	Hüttenb. Ilfa	—	Schwerdtf.	—	Schnfürdr	—
Bergb. A.-G. Friedenh.	—	Ind. Beteilig.	15,00	Sul. Schtzl	—	Wittekind	45,00
Brown Bov.	52,00	K. Ebrydt	93,00	Siemer	19,50		
Chi. W. Ter.	70,00	Lok. & Skl.	15,00	Stral. Glas	62,00	Dt. Petrol.	49,00
Dt. Lastauto	17,00	Lloyd Dyn.	25,00	Terraflm	30,00		
Gebr. Dopp.	11,00	Manoli Ztg.	31,00	Urier Wlz.	—	*Diamond	22,75
Deu. Parfüll.	25,00	Medim	—	Ufa	50,00	Kasko P	1,00
Evaporator	—	Müll. Kaff.	30,00	Winkelha.	25,00	*Saltiera	195,00
Frankf. Pr.	—	Nat. Flm P	0,40	Zehld. West.	20,00	Sloman	3,25
Frist. & K. P	—	Neue Bod.	8,00			Südw. Phos. P	20,00
Gritzle-C. P	—	Niedsg. Eis.	27,00	Adler Kali	34,00		
Glückauf B.	11,50	Oberbed. Bg.	102,00	Bess. P	1,00	*C. Hisp. Akt.	1070,00
Grk. Frank	97,50	Oeynhs. Ma.	25,00	Halle Kali	81,00	do. C. 50%	925,00
Gum. Elbe	—	Phön. Zbh.	—	Hanow Kali	—	*do. arg. Ch.	359,00
Haag. Eisen	70,00	Pose	8,00	Lothringen	53,00	*do. canada	56,00
Max Hasse	—	Ravené St.	15,00	Kali-Indust	128,00	Petersb. Int.	1,075
Hirschfeld	65,00	Rhein. Tab.	—	Kriegsanl.	0,208	Russenbank	3,00

* In Mark per Stück. P — In Papiermarkprozenten.

Am Geldmarkt waren keinerlei Veränderungen zu beobachten. Täglches Geld bleibt bei Sätzen von 7—9 pCt. weiterhin reichlich zur Verfügung. Monatsgeld bedingt 9¼—11 pCt., für Warenwechsel mit Großbankgiro nennt man einen Satz von 8¾—9¼ pCt. Am Privatdiskontmarkt notierten auch heute beide Sätzen 6¾ pCt.

★

Nach dem gestrigen Rückschlag hat der französische Franken erneut eine kräftigere Erholung erfahren. Wiederum ließ sich die Bankenkonsortialbank an der Bewegung von Paris selbst ausgeht. Inwieweit zu der Befestigung Interventionen der Bank von Frankreich beigetragen haben, ist hier nur schwer zu überzehen, ebensowenig läßt sich auch mit Sicherheit feststellen, ob dem allgemein verbreiteten Gerücht, Frankreich werde gegebenenfalls bei erneuten Anleiheverhandlungen in eine Verpfändung seines Tabakmonopols einwilligen, etwas Wahres ist. Jedenfalls ging London gegen Paris hier im Usancenverkehr, nachdem es mit etwa 133½ bis 134 eingesetzt hatte, analog der internationalen Bewegung sehr schnell auf 132 und später auf 130½ & 3% zurück. Im nordischen Verkehr Oslo und Kopenhagen lagen etwas schwächer. Dagegen hat sich Madrid erholt, London gegen Madrid ca. 34,18. Fest liegt das englische Pfund. London gegen Kabel New York 4,8505.

Der Zloty neigte im Verlauf zur Schwäche. Dementsprechend nannte man Kabel New York gegen Zloty mit 9¾ bis 10, das sind 42—44 Reichsmark für 100 Zloty.

Berliner amtliche Devisenkurse

Telegr. Auszahlungen		Stück-Zinsen	18. 12. Geld	18. 12. Brief	17. 12. Geld	17. 12. Brief
Reichsbank-Disk.	9%, Lombh. 11 %					
Holland	100 Gulden	8½	168,441	168,159	168,49	168,91
Belgien	100 Franken	6½	18,928	18,966	18,928	18,966
Italien	100 Lire	7	48,73	48,851	48,09	48,21
Kopenhagen	100 Kronen	5½	104,37	104,53	104,47	104,73
Schweden	100 Kronen	6	112,41	112,69	112,33	112,61
Danzig	100 Gulden	6	80,93	80,93	80,85	80,85
Helsingfors	100 fins. M.	7½	10,545	10,555	10,545	10,555
Italien	100 Lire	7	48,73	48,851	48,09	48,21
London	1 Lstr.	5	20,345	20,395	20,345	20,395
New York	1 Dollar	4	4,195	4,205	4,195	4,205
Paris	100 Franken	6	15,58	15,72	15,15	15,19
Schweiz	100 Franken	5½	81,00	81,20	80,95	81,15
Spanien	100 Pesetas	6	59,80	59,94	59,43	59,57
Danzig	100 Schilling	6	59,18	59,32	59,13	59,27
Prag	100 Kronen	6½	12,43	12,46	12,415	12,445
Budapest	100 Kronen	7	5,675	5,695	5,675	5,695
Bucharest	100 Lei	7	1,732	1,736	1,734	1,738
Bulgarien	100 Leva	10	3,037	3,047	3,043	3,055
Japan	1 Yen	7½	1,523	1,527	1,535	1,539
Rio de Janeiro	1 Milreis	7	0,580	0,582	0,579	0,581
Jugoslawien	100 Dinar	7	7,435	7,455	7,435	7,455
Portugal	100 Escudos	6	21,275	21,325	21,275	21,325
Konstantinopel	1 türk. Pfd.	5	2,25	2,28	2,21	2,27
Athen	100 Drachmen	10	5,39	5,51	5,39	5,51
Kanada	1 kanad. Doll.	4	4,195	4,205	4,195	4,205
Uruguay	1 Gold-Peso	6	4,235	4,245	4,235	4,245

Wechselkurse in Südamerika. (Telegr. der Deutschen Ueberseeischen Bank.) Buenos Aires, 17. Dezember. London (Kabelzahlg.) 46⅞ in Pence gleich 1 arg. Goldpeso. New York (Kabelzahlung) 106,60 arg. Goldpeso gleich 100 amer. Doll. Berlin (Kabelzahlung) 34 Rm. gleich 1 arg. Goldpeso. — Lima, 17. Dezember. London (90 T/S.) 26 pCt. Prämie, New York (Sicht) 3,79 amer. Doll. gleich 1 peruan. Pfd. — Rio de Janeiro, 17. Dezember. London (Kabelzahlg.) 7 Pence gleich 1 Milreis. — Valparaiso, 17. Dezember. London (90 T/S.) 39,30 chilen. Papierpeso gleich 1 Pfd. Sterl., New York (Sicht) 8,20 chilen. Papierpeso gleich 1 amer. Doll.

Moskau, 17. Dezember. Devisen. (Kurse der Moskauer Börse.) 1000 engl. Pfd. gleich 941,5 Tscherwonzen; 1000 Dollar gleich 194 Tscherwonzen.

Konstantinopel, 17. Dezember. Devisen (Telegr. der Deutschen Orientbank.) London 9,05; Paris 14,78; Mailand 13,26; Schweiz 2,78; Belgien 11,81; New York 53⅝; Berlin 2,23; Amsterdam 1,40.

★

Frankfurter Börse

Die Stimmung am Effektenmarkt erholt. Nordd. Lloyd 96, Hapag 94, Phönix 63¾—64, Deutsch Lux 61¼. Deutsche Anleihen sind demgegenüber etwas befestigt. Auch ungarische Bonien erhebesen, Türken dagegen sind vernachlässigt. Im Freiverkehr nannte man Api 0,34, Becker Kohle 57, Benz 25, Brown Boveri 52, Krügersmill 70, Ufa 40. Devisen hat im unverändert. London gegen Paris 133⅞ bis 133, New York 4,85¼, Schweiz 25,11½, Holland 12,07, Kopenhagen 19,49, Oslo 23,93, Mailand 120.

Hamburger Börse

Der Verkehr stand unter dem Zeichen einer neuerlichen Aufwärtsbewegung am Schiffahrtsmarkt. Roland-Linie 115¼, Nordd. Lloyd 97½, Fahrtbrief 95¼, Kosmos 72½, Deutsch-Australier 83¼, Stettiner 32 Geld.

★

Die Amerika-Anleihe der Wag. Die 6-Mill.-Dollar-Anleihe der Vereinigte Industrie-Unternehmungen A.-G. (Viag), über die wir bereits im heutigen Morgenblatt berichteten, dient, wie wir ergänzend hören, ausschließlich produktiven Zwecken. Durch sie werden die Bayerischen Kraftwerke A.-G. und das Ilm-Werk, die zusammen einen kombinierten Betrieb unterhalten, in den Stand gesetzt, die Bauvorschüsse abzulösen. Das Charakteristische an der Anleihe ist ihre lange Frist; ist sie doch auf 20 Jahre fest abgeschlossen, ausgenommen über Ausgabe zu von genau 84½ pCt. Volkswirtschaftlich besonders bedeutsam ist, daß hier die erste deutsche Nachkriegsanleihe am ausländischen Markt mit 6 pCt. Zinsfuß plaziert werden konnte. Die Bayerischen Kraftwerke und das Ilm-Werk versorgen große Teile Oberbayerns mit elektrischem Strom, die Leistungsfähigkeit erreicht die im Jahre über 30 000 Tonnen Stickstoff und über 7000 Tonn. Aluminium, von denen erhebliche Teile im Ausland abgesetzt werden.

Die belgische Kongo-Anleihe genehmigt. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Brüssel gedrahtet wird, nahm die belgische Kammer gestern mit 111 gegen 2 Stimmen bei 18 Enthaltungen den Gesetzentwurf an, der die Belgische Kongo-Kolonie ermächtigt, eine Anleihe von 500 Mill. Fr. aufzunehmen und als Grundlage dieser Anleihe die dem Staate gehörende Goldmine von Kilo-Moto in eine A.-G. umzuwandeln. Der frühere Kolonialminister Franck meinte, die Antelisgeber würden bei der Ausführung, die wesentlich zugunsten der Belgier an Ausbeute der Goldminen eine allzu große Gewinnchance erhalten. Der Kolonialminister Carton erwiderte, daß an dieser Chance überwiegend der Staat teilnehme. Im übrigen sei es in der Ordnung, daß die diejenigen, die heute der Kolonie ihr Vertrauen schenkten, später auch Früchte ernteten. In weiterer Fortsetzung der Sitzung hielt Finanzminister Jansson eine ausführliche Rede, in der er von der Kammer 580 Mill. neue Steuern forderte. Diese neuen Steuern, sagte Jansson, garantierten das Gleichgewicht des Budgets für 1926.

Kein Verkauf der Aktien-Majorität der Chesterkonzessionen. Die Nachricht, daß die Dutch Shell Oil Co. dementiert, wie der „Vossischen Zeitung" aus New York gefunkt wird, energisch die Mitteilung des State Department, wonach die Chesterkonzession oder die Aktienmehrheit ihrer Gesellschaft jemals in englische Hände übergehen werde. Wenn die Entscheidung des Völkerbundes in der nächsten Tage auf der Annahme gegründet sei, daß die Chesterkonzession englisch sei, dann sei die ganze Völkerbundentscheidung verkehrt und müsse nach internationalem Brauch widerrufen werden. Die Ottoman-American Development Co. hätte bisher bereits 50 Mill. Doll. Schaden durch die Entscheidung des Völkerbundes gehabt und diesen Schaden bei der englischen Regierung angemeldet. Die Gesellschaft wahrscheinlich auch, eine Klage auf Schadensersatz beim Völkerbund anzustrengen. Hingegen beabsichtige sie keinen Verkauf der Konzession, sondern habe bereits seche englische Offerten ausgeschlagen, nachdem kanadische Besitzer ihr Optionsrecht auf Erwerb der Aktienmehrheit ausgeübt haben.

Kapitalserhöhung der Ungarischen Geldinstitutszentrale. Wie „Magyar Orszag" meldet, wird die Geldinstitutszentrale in der nächsten Zeit das Stammkapital um 300 bis 400 Milliarden Kronen erhöhen. Diese Transaktion ist eine Folge der Reformen der staatlichen Geldgebarung. Große Mengen von Staatsgeldern, welche bisher der Privatwirtschaft als Kredite zur Verfügung gestellt worden, werden in Zukunft nicht mehr für solche Zwecke verwendet werden.

Gefahren der Einkommensteuerzuschläge. Uns wird geschrieben: Nach § 8 des Gesetzes über Aenderungen des Finanzausgleiches vom 10. August 1925 sollen Länder und Gemeinden nach Maßgabe eines besonderen Reichsgesetzes die Befugnis erhalten, vom 1. April 1925 ab selbständig Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer festzusetzen. Damit gibt das Reich ein gut Teil der Steuerhoheit an die Länder und Gemeinden zurück und verläßt den Grundsatz der gleichmäßigen Besteuerung im gesamten Reichsgebiet. Wenn dies auch die eine große Wirkung hat, daß die Gemeinden die finanzielle Verantwortungsgefühl auf seiten der Länder und Gemeinden wieder gehoben wird, so droht doch für Wirtschaft und Handel aus dem Fehlen einer Höchstgrenze, aus der Unbestimmtheit der Höhe der zu verschiedenartigkeit der Zuschläge manche Gefahr. Wenn auch bedsichtigt ist, die Zuschlagsbeschlüsse der Gemeinden von einer gewissen Höhe ab der Genehmigung der Länder zu unterwerfen und damit wenigstens ein gewisse Garantie gegen den Wahnsinn der Zuschläge zu schaffen, so bleiben für den Kaufmann doch die großen Nachteile bestehen, die in der Unbestimmtheit und Ungleichmäßigkeit der Steuer innerhalb des Reichsgebietes liegen. Man erinnere sich an die unhaltbaren Zustände im ersten Nachkriegsjahre, als die Gemeinden ihre Zuschläge in die gehabten Mühe erhöhten, sogenannte fünfte Quartalsrechnungen aufmachten und die Steuer bis zum Ende des nahe Zukunft ausschlossen. Die damals eingeführte Reichseinkommensteuer wurde allgemein als Befreiung empfunden. Zu dieser Ungewißheit wirkte aber noch die Gefahren der Ungleichmäßigkeit fördernden, verschiedene hohe Zuschläge in Nachbargemeinden waren schon in der Vorkriegszeit sehr strittend, schließlich aber bei der relativ geringen Höhe der Steuer noch tragbar. Bei der jetzigen Höhe der Einkommensteuer dagegen müssen sie zur Ruin eines industriellen Unternehmens bedeuten, wenn seine Wohnsitzgemeinde doppelt so hohe Zuschläge erhebt wie die Nachbargemeinde, in der sein Konkurrent wohnt. Ungeahnte Wirkungen könnten die Gemeinden hervorrufen, die die Einkommensteuerzuschläge auf Kosten anderer Abgaben künstlich niedrig halten und damit den einheimischen Handel gegenüber dem anderer Gemeinden entscheidend begünstigen. Bei der buntscheckigen politischen Einstellung unserer Gemeindevertretungen und Parlamente und der damit gegebenen Protektion eines Teiles der Erwerbsstände unter Schädigung der übrigen Bevölkerung ist Mißbrauch der Zuschlagsbeschlüsse, die unseren wirtschaftlichen Gesundungsprozeß erheblich stören würden.

Bankenfusion in New York. Nach einem New Yorker Funkspruch der „Vossischen Zeitung" werden sich die Bankhäuser Hallgarten u. Co. und Boisevain u. Co. zum Jahresende verschmelzen.

Aus der Berliner Bankwelt. Auf Grund freundschaftlicher Verhandlung ist der bisherige Mitinhaber der Bankfirma G. Loewenberg u. Co., Kurt Loewenberg, aus der Firma ausgetreten.

Warenmärkte

Berliner Produktenverkehr

Die heutige Berliner Produktenbörse verkehrte in matter Haltung. Schwächere Meldungen aus Liverpool hatten vermehrtes Angebot aus erster Hand zur Folge. Da aber der Mehlabsatz sehr stockend ist, verhielten sich die Mühlen abwartend. Dagegen nahm der Export laufend größere Mengen aus dem Markte zu Preisen, die am Lokomarkt um etwa 3—4 Mark unter den gestrigen Notierungen lagen.

Die Anfangskurse des Marktes der Zeitgeschäfte waren bei Weizen 4—5, bei Roggen um 2—3 M. niedriger. Es eröffneten Weizen per März 257, per Mai 260, Roggen per Dezember 152 G., per März 170, per Mai 179½. Am Mehlmarkt konnten selbst um ¼ bis ½ Mark ermäßigte Forderungen der Mühlen keine Belebung des Geschäfts hervorrufen.

Metallpreise in Berlin	für 100 kg in G.-M.	18 Dezember	17 Dezember
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinig. d. deutsche Elektrolytkupferhütte		134,00	133,00
Raffinadkupfer. Preis im freien Verkehr		77,00—78,50	76,50—77,50
Remelted Plattenzink		61,50—62,50	64,00—65,00
Original Hüttenaluminium 98—99 pCt.		235,00—240,00	235,00—240,00
do. in Walz- oder Drahtbarren		240,00—250,00	240,00—250,00
Reinnickel		340,00—350,00	340,00—350,00
Antimon-Regulus		170,00—172,00	170,00—172,00
Silber in Barren ca. 900 fein für 1 kg		94,50—95,50	94,00—94,50

Besserer Kohlenabruf in Oberschlesien. In der heutigen G.-V. der Vereinigte Königs- und Laurahütte A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, in welcher 35 233 810 M. vertreten waren, wurde der dividendenlose Abschluß für 1924/25 genehmigt und Dr.-Ing. Alois Czermak, Aussig, neu in den Aufsichtsrat gewählt. In der anschließenden Aufsichtsratssitzung berichtete der Vorstand über die gegenwärtige Lage des Geschäfts: Die Kohlenverladung ist zwar noch nicht so gut, wie es sprechend, etwas flotter geworden, doch betragen die Bestände noch über 90 000 To. Die Preise sind unzulänglich. Die Beschäftigung der Eisenhütten ist schwach und in keiner Weise der Leistungsfähigkeit entsprechend. Das gesamtpolnische Eisenverwaltung ist der Gesellschaft gegenüber entgegenkommend und hoffentlich einen förderlichen Einfluß auf die Entwicklung des ganzen Eisengeschäftes ausüben. Eine weitere Belebung wäre von dem günstigen Abschluß der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu erhoffen. Im übrigen ist der Gesellschaft gegenüber Auslandsverbindlichkeiten. Die Nostrifizierungsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wie wir erfahren, sind in den Grubenbetrieben augenblicklich etwa 9000 Arbeiter beschäftigt, auf den Hütten etwa 5000.

Unverändert Produktionseinschränkung der Rohstahlgemeinschaft. Die Rohstahlgemeinschaft hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die bisherige Einschränkung der Rohstahlerzeugung von 35 pCt. auch für den Monat Januar beizubehalten.

Der Aktienrückkauf des Phönix. Auf der Tagesordnung der am 15. Januar in Düsseldorf stattfindenden G.-V. der Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Düsseldorf, wird auch der Antrag auf Aenderung in der Satzungen dahin gehen, daß die Gesellschaft berechtigt ist, Aktien des Unternehmens zu erwerben. Es handelt sich um den Erwerb der im Besitze der Phönix Handels Maatschappij befindlichen Aktien.

Hauptversammlung des Stabeisen-Verbandes, Düsseldorf. Am 17. Dezember fand die erste Hauptversammlung dieses seit Monaten bestehenden Stabeisen-Verbandes statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Direktor Klotz von der Firma Krupp gewählt. Der erste Stellvertreter ist Direktor Sievers vom Klöckner-Konzern, zweiter Stellvertreter Ernst Poengen vom Phönix und dritter Stellvertreter Kommerzienrat Gerhard Meyer vom Peiner Walzwerk.

Die Arbeitsunterbrechung der Mansfeld'schen Kupferwerke. Bei der von mehreren Tageszeitungen gebrachten Nachricht von der Betriebsstillegung des Mansfeldschen Kupferwerkes Hettstedt handelt es sich, wie wir unterrichtet Seite hören, um die Zusammenfassung der Feierschichten des Monats Dezember auf die beiden Festwochen. Man hat also diese Zeit zu Reparaturen und Aufräumarbeiten ausgenutzt. Die Bergwerke Hettstedt und Hettenbetriebe der Mansfeld A.-G. werden von der erwähnten Maßnahme nicht berührt.

Vorläufige Stillegung der Pauckschen Maschinenbauanstalt. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Landsberg a.W. mitgeteilt wird, wird zum 1. Januar 1926 das älteste Industriewerk Landsbergs, die im Jahre 1843 gegründete Maschinenbauanstalt Paukschen A.-G. stillgelegt. Vor mehreren Jahren wurde die Gesellschaft von der der Görlitzer Waggonfabrik übernommen. Durch die Stillegung des Werkes werden 500 Arbeiter und Angestellte brotlos.

Vertagte G.-V. der Wöllersdorfer Werke. Die Wöllersdorfer Werke A.-G., hatten für heute eine G.-V. einberufen, in der ein Antrag auf Liquidation gestellt werden sollte. Da die Ein.ag bisher lediglich Fertigkeit ist, wird durch einen Beschluß des Verwaltungsrates neuerlich die G.-V. vertagt.

Fusion Rhenania — Kunheim genehmigt. Die heutige ao. G.-V. der Rhenania Verein Chemischer Fabriken und der Chemischen Fabriken Kunheim & Co. A.-G. genehmigten den Fusionsvertrag, demzufolge das Vermögen von Kunheim unter Ausschluß der Liquidation an die Rhenania Verein Chemischen Fabriken A.-G. übergeht. Die neue Firma lautet Rhenania-Kunheim Verein Chemischer Fabriken. Sitz in Berlin. Das Aktienkapital ist eingeteilt in der 7 791 880 M. Aktienkapital mit 1 169 188 Stimmen vertreten waren, gab ein Aktionär von Rhenania gegen den Fusionsbeschluß mit 1128 Stimmen Protest ein. Die neu verbundenen Verwaltungsaktien beider Gesellschaften im Gesamtbetrage von 9 Millionen M. sollen eingezogen werden. Das Gesamtunternehmen hat nach der Fusion 20 Millionen Stammaktien und 500 000 M. Vorzugsaktien. Ob die Vorzugsaktien bleiben werden, hängt von 14tägigen Stimmrechtsaktien ab. Das Stimmrecht der Vorzugsaktien ist ein einfaches, mit Ausnahme von drei Fällen, bei Aufsichtsratswahlen, Satzungsänderungen und Auflösung der Gesellschaft besitzen Stimmrecht besitzen. Durch den Fusionsvertrag sind buchmäßig mehrere Millionen Gewinne entstanden, die zur inneren Stützung der Vereinsaktien Verwendung finden sollen. Ueber die genaue Verwendung wird später Beschluß gefaßt werden. Da das Geschäftsjahr von Rhenania-Kunheim erst ultimo dieses Jahres beendet ist, sind genaue Angaben über einen etwaigen Gewinn, mit dem bei Rhenania zu rechnen ist, heute nicht möglich. Es sind keine Dividenden gewählt: Dr. Kimmich, Direktor des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, Köln, Hug Kunheim, Berlin, Dr. August ALnge, Karl Müller, Direktor der Rhenania, Friedrich Reinhart, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank. Dr. Wallich i. Fa. J. Dreyfuß, und Direktor Wissermann von der Deutschen Bank.

Neuwahl des Aufsichtsrats bei Pongs. Mit Rücksicht auf den Ausscheidet der Vertreter der Pongs Spinnereien- und Webereien A.-G., die, wie erinnerlich, an die Hammerscs-Gruppe übergegangen sind, soll nunmehr eine Neubesetzung des A. R. durch die zum 5. Januar 1926 anberaumte ao. G.-V. vorgenommen werden.

Zahlungseinstellung bei sächsischen Wäschefabrik. Die Firma Gebr. Hentschel, Auerbach i. V., Wäschefabrik und Weißwaren-Konfektion, hat, laut „Textil-Woche", die Zahlungen eingestellt und Geschäftsaufsicht beantragt. Den Passiven im Höhe von etwa 800 000 M. sollen etwa 900 000 M. Vermögenswerte gegenüberstehen. Die Firma strebt ein Moratorium mit voller Befriedigung der Gläubiger an. Sie beschäftigt gegenwärtig 300 Arbeiter und Angestellte. Die vierzehntägigen Löhne werden ordnungsmäßig gezahlt.

0166

Handelsnachrichten

Vorläufige Stilllegung der Aga. In der Gläubigerversammlung der A.-G. für Automobilbau (Aga), Berlin, machte der Konkursverwalter eingehende Angaben über den Status. Die Grundstücke seien auf einen Zeitwert von 3 Mill. M. (Friedenswert 1 Mill. M.) taxiert worden. Ihnen stehen aber hypothekarische Belastungen in gleicher Höhe gegenüber, so daß aus den Immobilien keine Erlöse für die Konkursmasse in Rechnung gestellt werden können. Inventar, Materialien und Vorräte betragen 2,4 Mill. Rm., denen noch etwa 0,300 M. Werte der Kalag-Dampfwagenbetriebe stehen sein. Die Debitoren erscheinen buchmäßig mit 1 Million M., davon entfällt aber der größte Teil auf Anzahlungen, so daß die Forderungen insgesamt nur mit 200 000 M. angesetzt werden können. Es ergeben sich also nach Abzug der verpfändeten Objekte Gesamtaktiven von 2,7 Mill. Mark denen 700 000 M. bevorrechtigte Gläubiger (Löhne, Prozeßkosten) gegenüberstehen, ferner 300 000 M. Steuerforderungen. Danach verbliebe an Aktiven Best von 1,7 Mill. M., und noch Passiven von etwa 17 Mill. M., nämlich 3,7 Mill. M. Warenforderungen, 1,3 Mill. M. Wechsel und ferner Schadensersatzforderungen, die mit 1 Mill. M. geltend gemacht, aber wohl nur mit 12 Mill. M. anerkannt würden. Demnach ergäbe sich eine Gläubigerquote von 10 pCt., die als Mindestgrenze anzusehen sei. Das Hauptaktivum sei aber dabei nicht berücksichtigt, nämlich die Regreßforderungen, die sich ebenfalls auf den alten Aufsichtsrat zögen, sondern auch auf sonstige Personen, die Erklärungen abgegeben oder Handlungen begangen hätten, durch die die Gläubiger geschädigt worden seien. Falls der Gläubiger Ersatz erhalten, die zu erwartenden Regreßprozesse erfolgreich sind, könnte sich die Konkursquote im günstigsten Falle auf 25 pCt. erhöhen. Der Betrieb soll morgen zunächst stillgelegt und die Frage der Weiterführung im beschränkten Rahmen (etwa 100 Wagen pro Monat) Anfang Januar erneut geprüft werden. Die Versammlung stimmte die Fortführung dieser Frage dem Konkursverwalter in Einvernehmen mit dem Lköpfligen Gläubigerausschuß.

Ostdevisen: Auszahlung Warschau, Kattowitz und Posen 53,98 bis 44,22; Riga 80,50—80,70; Kowno 41,195—41,405. — **Noten:** Polennoten, große 42,78—43,22; do. kleine 42,28—42,72; Lat 79,60 bis 80,40; Lit 40,89—41,31.

Berliner Metallterminnotierungen vom 18. Dezember. Kupfer: Dez mber 118¼ B, 117¼ G; Januar 118¾ B, 118¼ G; Februar 120 B, 119¼ G; März 121¼ B, 121¼ G; April 122¼ B, 122¼ G; Mai 123 B, 122 G; Mai 1926 124 B, 123 G; Tendenz fester.

Blei: Dezember 69¼ B, 68¾ G; Januar 68¾ B, 67¾ G; Februar 68¾ B, 68 G; März 68¾ B, 67¾ G; April 68¾ B, 67½ G; Mai 68¾ B, 67¾ G. Tendenz ruhig.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 18. Dezember 1925

Amtl. Termin-Notierungen per Ultimo

Prämien-Erk.	Kupon	Letzte Dividende	Geschäftsjahr	Zeichnungsfrist	Bezugsrecht	Schaut. 4. 1.
Rhg.-Main. D	8	1924/25	1. 1.	—	—	54,5–55,25–53,37
Rhg.-Main. D	8	1924/25	1. 1.	—	—	84,5–84,5–84,37
Hansa Dpfsch.	0	1924/25	1. 1.	—	—	97,50–98,50
Nordd. Lloyd	0	1924/25	1. 1.	—	—	97,37–98,25
Brl. Hand. Ges.	10	1924/25	1. 1.	—	—	135,75–139,12
Cons. A. f. Chem.	0	1924/25	1. 1.	—	—	97,00
Dortmund. Hut.	10	1924/25	1. 7.	—	—	106,25–116,00
Deutsche Bk.	12	1924/25	1. 1.	—	—	168,00–167,12
Disconto Kom.	12	1924/25	1. 1.	—	—	168,00–164,00
Donnersmarck	0	1924/25	1. 1.	—	—	102,75
Dresdner Bank	8	1924/25	1. 1.	—	—	93,00
A.-G. f. Anilin	12	1924/25	1. 1.	—	—	163,88
Allg. Elektr. G.	15	1924/25	1. 1.	—	—	89,50–93,75
Bad. Anilin	15	1924/25	1. 1.	—	—	105,75–1[illegible],50
Bergmann	5	1924/25	1. 1.	—	—	105,00
Berl. Maschin.	0	1924/25	1. 1.	—	—	47,00–41,75
Bosch. Gummi	0	1924/25	1. 1.	—	—	41,25–41,50–41,00
Chem. Grünau	0	1924/25	1. 1.	—	—	102,88
Cont. Gummi	0	1924/25	1. 1.	—	—	59,50
Dessau Gas	0	1924/25	1. 1.	—	—	59,10
Dt.-Luxemb.	0	1924/25	1. 1.	—	—	80,75–80,00–59,5
Dtsch. Erdöl	0	1924/25	1. 1.	—	—	62,50–63,25
Dtsch. Maschin	0	1924/25	1. 1.	—	—	32,0–32,00
Dynam. Nobel	0	1924/25	1. 1.	—	—	80,25
Eberf. Farb.	0	1924/25	1. 1.	—	—	104,50–1[illegible],00
El. Licht u. Kr.	0	1924/25	1. 1.	—	—	73,50
Gesaiel. Spar.	0	1924/25	1. 1.	—	—	66,75–64,63
Gas. f. Lot. Dtl.	0	1924/25	1. 1.	—	—	100,00
Herp. Bergb.	0	1924/25	1. 1.	—	—	93,50–94,9
Holstenf. Fries.	0	1924/25	1. 1.	—	—	100,00–105,50
Hosach Eisen	0	1924/25	1. 1.	—	—	64,25
Jag. Bergb.	0	1924/25	1. 1.	—	—	77,75
Köln-Neuess.	0	1924/25	1. 1.	—	—	67,25
Köln Rottweil	0	1924/25	1. 1.	—	—	79,25

Linke-Hofm.	0	35,50	36,25	39,00
Wasserwerk	0	52,50–51,5	51,25	51,63
Phönix Eb.	0	35,00	35,00	35,00
do. f. Ol. Gas	0	—	38,50	38,00
Oberschl. Kokw.	0	—	55,50	55,00
Rheinstahl	0	—	95,00	95,00
Phönix Bergb.	0	62,5–61,75	61,35	62,00
Rheinbraun	0	114,25–114,75	114,00	114,25
Sth. Stahlwk.	0	69,63	70,13	69,50
Rombh. Hüttenw.	0	14,75	14,50	15,00
Ver. Stahlwerke	0	80,50–80,00	80,00	80,00
Schuck. & Co.	0	56,75–56,13	56,00	56,25
Siemt&Halske	0	70,00–70,5–68,25	69,00	70,00
Otavi Min. 11/11	25,13		25,00	25,00

Fortlaufende Amtliche Notierungen

Deut.-Sch.	0	98,20	98,20
Pl.Schl. 16			
N-V	0	0,17–0,1675	0,1675
do. Gold 26	0	0,1675	0,1675
do. Gold 27	0	0,1675	0,165
Deutsch. Z.S. 26	0	0,21	0,21
do. Reichs-A.	0	0,215–0,210	0,215
do.	0	0,2–0,22	0,22
do.	0	0,225	0,225
do.	0	0,35–0,32	0,315
Pr. Schatz 7½			
do. 1. 2. 25		—	—
do. Albertina		0,27	0,27
do. Anhalt		1,1–1,75	1,1
Pr. Anns. Anl.		0,215–0,215	0,215
do.		0,215–0,215	0,215
do.		0,225–0,225	0,225
Bayer. St.-A.		—	—
do.		0,225	0,225
Hbg. St. 1985		0,0–0,0005	0,0005
Mexiko. Gold		0,88	0,90
Mexiko. Anl.		—	—

Mexik. Anl.	5	43,75	—	44,50	42,75
Ungl. Rente	4	—	—	—	—
Oest. Sch. 14	4	—	—	—	—
um Ges.-A.	4	1,70–1,80	—	1,60	1,70
Oest. Gold-R.	4	—	—	0,625	0,65
Oest. Kr.	4	—	—	—	—
Oest. Pap.	4	0,58–0,65	—	—	—
do. do. Mark	4	—	—	—	—
do. Silber	4	—	—	1,10	1,10
do. Papier	4	—	—	0,55	0,55
Türk. Bagd. I	4	5,13–5,00	—	5,10	5,13
Türk. Adm.	4	6,00–6,00	—	7,00	6,00
do. unifiz.					
Türk. Zoll-Ob.	4	—	—	—	—
Türk. Tabak	4	9,00	—	9,00	9,00
Türk. Adm. Ob.	4	7,13	—	7,13	7,13
Türk. Adm. Ob.	4	7,10	—	7,00	7,00
Türk. Adm. Ob.	4	7,75	—	7,75	7,75
Ung. St. R. 13	4	10,50	—	10,60	10,60
Ung. St. R. 14	4	11,50–11,40	—	11,50	11,50
do. Goldrente	4	11,90	—	12,00	11,60
do. St. R. 1. 7	4	11,75	—	11,70	11,70
do. Kronen-R.	4	0,08	—	0,08	0,08
Lissab. St. 11	4	0,27	—	0,27	0,27
Rumä. St. 1.	4	1,1–1,75	—	1,00	1,00
do. Gold	4	0,215	—	0,21	0,21
Lombard.		0,25	—	—	—
do. neue		—	—	—	—
Zinsschein		0,225	—	—	—
Frankfurter Stadtanleihe		17,63	—	15,50	15,63
Frankfurter Stadtanleihe		—	—	15,00	15,25
Gallimann		57,00–58,5–58,75	—	56,50	56,75
Grande Kit. Schantung		47,7–47,25	—	47,50	47,75

Preuß. Pfandbriefe

Berliner neue	4	—	—	—	—
do. neue	5	—	—	—	—
do. alte	4	—	—	—	—
Frdh. Stadtschaft.	4	—	—	—	—
Kur- u. Neum.	5	—	—	—	—
do. Kon. Ab.	5	2,0	2,50	2,50	2,50
Ostpreußische	4	9,38	9,00	9,00	9,00
do. neue	5	9,38	9,00	9,00	9,00
Pommersche	4	12,50	12,75	12,75	12,75
do. neue	5	12,50	12,75	12,75	12,75
Pr. Ritt. 13	10	—	—	—	—
Pr. Ritt. 1. 4	10	—	—	—	—
do. 2. 5	10	—	—	—	—
Sächs. neue	4	6,65	7,00	7,00	6,75
Westpr. nldsch.	4	6,25	6,25	6,25	6,25
do. neue	4	2,14	2,00	2,00	2,00

Sachwertanleihen

Mit Zinsberechnung					
A.I. Gas. Wasm. Gas		79,75	79,75	79,75	79,75
Dtsch. Gas. Gas.		64,25	64,25	64,25	64,25
Gas. f. Gas.		—	—	—	—
do. Wasm.		—	—	—	—
Gl. Hy. G. H. Pl.		96,25	96,25	96,25	96,25
Gas. Serie 3		97,00	97,00	97,00	97,00
Gas. Serie 4		97,00	97,00	97,00	97,00
Gas. Serie 6		95,00	95,00	95,00	95,00
Pr. Ob. L. G. Pl.		52,00	52,00	52,00	52,00
do. Gas. Pl.		52,00	52,00	52,00	52,00
do. Gas. Ob.		—	—	—	—
do. Gas.		—	—	—	—
do. Gas.		—	—	—	—
Gr. Gas. H. Pl.		94,00	94,00	94,00	94,00
do. Gas. Ob.		94,00	94,00	94,00	94,00
do. K. 1.		93,50	93,50	93,50	93,50
Dt. N. G. Pl.		94,00	94,00	94,00	94,00
do. Gas. 27		94,50	94,75	94,75	94,50
Dt. Komm. Gas.		94,50	94,75	94,75	94,50
Frkf. Pfm. G. 3		55,25	55,25	55,25	55,25
do. G. 4		—	64,00	64,00	64,00
Fürth G.-A. 23		—	—	—	—
Gothaer Gr. A.		97,50	97,50	10,31	10,31
do. G. 4		97,50	97,50	9,60	9,60
do. G. 2		—	—	—	—
do. G. 3		—	—	—	—
do. G. 6. 10		—	—	—	—
Hbg. Hy. G. Pl. 7		11,00	—	—	—
Hbg. Pfm. G. 1.		52,00	52,00	52,00	52,00
Han. Bdkr. S. 3		7,00	—	—	—
Han. Pfm. Ob. 1		61,00	61,00	61,00	61,00
Frd. Anzeig. Ob.		62,00	62,00	62,00	62,00
Lübeck. L. G. Pl.		62,00	62,00	62,00	62,00
Lot. Hy. Bk. G.		62,00	62,00	62,00	62,00
do. G. 2		—	—	—	—
do. G. 3		—	—	—	—
Mark K. E. W. Han.		93,50	93,50	93,50	93,50
Mitteldt. Gas. Pl.		93,50	93,50	93,50	93,50
do. G. 5. 1		59,25	59,25	59,25	59,25
do. Kitt. S. Pfm.		72,50	72,50	72,50	72,50
Mühlh. Stadt Anl.		—	—	—	—
Nbrg. Hyp. G. Pl.		62,00	62,00	62,00	62,00
Nbrg. Pfm. G. 1.		62,00	62,00	62,00	62,00
do. G. 4. 4		61,00	61,00	61,00	61,00
Nauk. G. Anl.		59,50	59,50	59,50	59,50
Nordd. Gr. Pl.		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Bdkr. G. Pl.		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Ch. Pfm.		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Ob. G. Pl. 11		59,00	59,00	59,00	59,00
do. G. 4. 4		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. L. Pfr. L. Pl.		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Ob. R. Pl.		59,00	59,00	59,00	59,00
do. G. R. 11–16		59,00	59,00	59,00	59,00
do. G. 4. 4. 17		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Pfm. G. 1. 4		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Rdm. G. Pl. 4		59,00	59,00	59,00	59,00
Pr. Rdm. G. Pl. 1		59,00	59,00	59,00	59,00
do. G. 37		96,10	96,10	96,10	96,10

Westd. Bd. G. K.	8	—	—	—	—
Westf. Lbk. P. A.	0	9,50	9,50	9,50	9,50
Wmb. Hogg. 1924	0	—	—	—	—
Zwickau Bkrdt.	0	10,01	10,00	10,00	10,00
Zwickau Stadtanl.	0	3,50	3,50	3,50	3,50
do. Faggerbk. A.	0	3,25	3,25	3,25	3,25
do.		—	—	—	—
Pr. Ob. L. P. 1		55,00	55,00	55,00	55,00
Pr. Ob. L. P. 2		57,00	57,00	57,00	57,00
Pr. Ob. L. P. 3		61,00	61,00	61,00	61,00
Pr. Ob. L. P. 4		62,00	62,00	62,00	62,00
Pr. Ob. L. P. 5		65,00	65,00	65,00	65,00
Pr. Ob. L. P. 6		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 7		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 8		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 9		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 10		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 11		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 12		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 13		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 14		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 15		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 16		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 17		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 18		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 19		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 20		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 21		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 22		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 23		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 24		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 25		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 26		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 27		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 28		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 29		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 30		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 31		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 32		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 33		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 34		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 35		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 36		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 37		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 38		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 39		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 40		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 41		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 42		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 43		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 44		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 45		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 46		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 47		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 48		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 49		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 50		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 51		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 52		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 53		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 54		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 55		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 56		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 57		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 58		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 59		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 60		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 61		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 62		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 63		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 64		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 65		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 66		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 67		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 68		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 69		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 70		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 71		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 72		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 73		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 74		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 75		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 76		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 77		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 78		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 79		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 80		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 81		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 82		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 83		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 84		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 85		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 86		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 87		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 88		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 89		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 90		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 91		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 92		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 93		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 94		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 95		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 96		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 97		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 98		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 99		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 100		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 101		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 102		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 103		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 104		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 105		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 106		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 107		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 108		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 109		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 110		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 111		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 112		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 113		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 114		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 115		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 116		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 117		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 118		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 119		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 120		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 121		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 122		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 123		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 124		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 125		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 126		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 127		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 128		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 129		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 130		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 131		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 132		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 133		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 134		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 135		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 136		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 137		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 138		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 139		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 140		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 141		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 142		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 143		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 144		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 145		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 146		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 147		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 148		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 149		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 150		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 151		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 152		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 153		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 154		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 155		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 156		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 157		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 158		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 159		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 160		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 161		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 162		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 163		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 164		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 165		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 166		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 167		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 168		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 169		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 170		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 171		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 172		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 173		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 174		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 175		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 176		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 177		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 178		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 179		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 180		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 181		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 182		67,00	67,00	67,00	67,00
Pr. Ob. L. P. 183		67